

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Das „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungssatz Nr. 4069 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile ober deren Raum 15 Pf., d. Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 172.

Freitag, den 27. Juli 1900.

7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Der Absolutismus im deutschen Reich.

Wie männiglich weiß, haben die deutschen Bundesstaaten sowie das Deutsche Reich eine sog. konstitutionelle Verfassung. Und wie weiter männiglich weiß, versteht man unter einer konstitutionellen Verfassung eine solche, die dem Volke einen gewissen Antheil an den Regierungsgeschäften einräumt und zwar mit Hilfe der Volksvertretung. Dieser Antheil ist aber in Deutschland eigentlich recht sonderbar beschaffen, wie sich jetzt anlässlich des Nachzuges gegen China deutlich erweist.

Wenn die Reichsleitung auf Kokosnüsse oder englisches Bier einen anderen Einfuhrzoll legen will, so geht dies nicht ohne Zustimmung des Reichstages an. Will die Reichsleitung aber 15 000 Deutsche in den Krieg nach China schicken, so haben die Vertreter des nämlichen Volkes, dessen Söhne ihr Blut versprechen müssen, kein Wort zu sagen.

Auf den ersten Blick mag es als großer Widerspruch erscheinen, daß wegen jeder Aenderung eines Zolles oder einer Steuer die Einwilligung des Parlaments erholt werden muß, während Tausende von Menschen, auf bloßen Befehl der Regierung hin, zur Schlachtbank geführt werden können. Bei näherem Zusehen paßt die Sache aber ganz gut zu allem Uebrigen in Deutschland. Deutschland ist zwar in kapitalistischer Hinsicht hoch entwickelt, in politischer aber durch und durch rückständig. Diese politische Rückständigkeit erlaubt dem Kapitalismus, sich in der ungerinsten Weise breit zu machen und auch alle Gesetze in seinem Sinne zu beeinflussen. Da aber beim Kapitalismus immer zuerst das Geld, sowie die Geld repräsentierenden Werthe kommen und dann erst der Mensch rangirt, so kann es nicht wundern, daß in den deutschen Verfassungen ein zbeliebiger Zoll schwerer wiegt, als das Leben von Tausenden von Landeskindern.

Wir finden ein ganz ähnliches Bild ja auch in der deutschen Rechtspflege. Um fünfzig Mark Geldstrafe kann man einen Menschen blutig schlagen, wenn man gerade kein streikender Arbeiter ist; der arme Teufel aber, der getrieben vom Hunger ein Stück Brod stiehlt, oder die Frau, die um ihrer frierenden Kinder willen einen Schurz voll Kohlen widerrechtlich sich aneignet, wandern auf Wochen ins Gefängniß. Besonders gravirend ist eine Thatsache, auf die ein Rechtslehrer der Universität Halle vor Kurzem aufmerksam machte. Die Aufforderung zur Tödtung eines Menschen bleibt in Deutschland straflos, wenn sie keinen Erfolg hatte. Wer aber einen Angestellten eines Handlungshauses dazu zu bewegen sucht, daß er ein Geschäftsgeheimniß seiner Firma verräth, kann mehrere Monate eingesperrt werden.

Da also beim „Volke der Denker und Dichter“ das Geheimniß eines Barterzeugers oder eines unzerreißbaren Klopfpapiers mehr wiegt als ein Menschenleben, so ist es begreiflich, daß in Deutschland die Armee oder Theile der Armee ohne jede Anfrage bei der Volksvertretung in den Krieg geschickt werden können.

Aber trotzdem das Geld im deutschen Staatsleben um einige Klaster höher steht als der Mensch, läßt die Reichsleitung jetzt doch Million über Million nach China wandern, ohne den Reichstag einzuberufen. Hierbei benützt sie ein sehr einfaches Rezept. Die Reichsleitung sagt einfach: „Wir sind der Ansicht, daß wir mit China nicht im Kriege stehen. Und weil wir dieser Ansicht sind, brauchen wir auch den Reichstag nicht zu berufen.“ Daß diese „Ansicht“ angefaßt der in China erschossenen und verwundeten deutschen Soldaten, der mobilisirten 15 000 Mann etwas sonderbar ist, hat das Volk nicht weiter zu berühren. Es hat nur die Mannschaften und das nöthige Geld zu liefern und damit Punktum!

Wir möchten uns aber doch die Frage gestatten, ob eine Verfassung ernstlich konstitutionell genannt werden kann, wenn sie erlaubt, daß die Regierung Blut und Gut von der Nation fordern kann, ohne daß das Parlament auch nur einberufen wird. Nach unserer Anschauung ist dies der nackte Absolutismus.

Die Anhänger des Absolutismus haben natürlich eine unbändige Freude über das autokratische (selbstherrliche) Auftreten der Reichsleitung. Sie sehen darin einen Beweis für die Festigkeit und Dauerhaftigkeit des monarchischen Prinzips in Deutschland. Wenn die Herrschaften sich nur nicht täuschen! Eine Regierung, die sogar in den

folgeschwersten Dingen ohne Mithilfe des Parlaments vorgeht, muß die Verantwortung für etwaige Mißerfolge und Katastrophen ganz allein tragen. Gegen sie allein wird sich in den Zeiten der Demüthigung und Niederlage der Unwille des Volkes richten. Dieser Umstand kann dem monarchischen Prinzip in Deutschland eines Tages einen Stoß versetzen, von dem es sich nie mehr erholen kann.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Mehr nicht? Unter der Ueberschrift „Was sagt China dem deutschen Flottenverein?“ bringt dessen Organ „Die Flotte“ einen Artikel, worin nach Hinweis auf den Aufruf des Vereins zur Sammlung von Spenden für die Verwundeten und Hinterbliebenen u. folgende „Lehren“ aus den Ereignissen in China gezogen werden: „Eine schnelle erhebliche Vermehrung unserer Auslandsflotte thut dringend noth. Diese Auslandsflotte muß sich zusammensetzen aus Linien Schiffen und Kreuzern; denn auch die Auslandsflotte bedarf des Panzerkerns der Schlachtschiffe. Die Zerrichtung des heimischen Geschwaders durch Entsendung von vier Linien Schiffen bedingt die Schaffung schleunigen Ersatzes. Um aber zu Lande, fern der Heimath, deutsche Ehre und deutsches Gut wahren zu können, bedürfen wir der schleunigen Schaffung einer Kolonialarmee. Ein beträchtlicher Theil derselben muß dauernd in Ostasien stationirt werden, um mittelst des Drahtes jeden Augenblick an der gefährdeten Stelle eingesetzt werden zu können. Der Draht aber, der die Befehle des Kaisers im Nu durch die ganze Welt sendet, muß deutscher Draht sein. Wir brauchen ein deutsches Kabelnetz um den Erdenrund. Dazu gehören Anlegestationen für die Kabel, die zugleich Flotten- und Kohlenstationen sein können. Auslandschiffe, Panzer und Kreuzer, Kabel und Kohlenstationen.“ — In der Redaktion der „Flotte“ scheint die Zulibige bedenkliche Verheerungen angerichtet zu haben; anders sind die Forderungen gar nicht zu begreifen, denn wer nur halbwegs bei Verstande ist, zieht aus den ostasiatischen Ereignissen ganz andere Lehren als die alldeutschen Weltmachtsdusel: Man soll nach dem Rezept des alten Feig jeden Menschen, auch den Chinesen, nach seiner Façon fertig werden lassen und nicht mit Missionaren behelligen, und man soll in fremden Landen nicht „pachten“, allbiweil es auch anderwärts Leute giebt, die ihr Vaterland lieb haben.

Die neue Militärstrafgerichtsordnung, welche bei uns erst mit dem 1. Oktober in Kraft treten wird, hat der Kaiser durch einen Erlass, gegeben Drontheim, den 15. Juli, „vorbehaltlich dernahtträglichen Zustimmung des Bundesraths“, für das ostasiatische Expeditionskorps mit dem Tage des Verlassens der einheimischen Gewässer in Kraft gesetzt. Zugleich wird eine kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899 im „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht, welche die Voraussetzung über den Ausschluß der Deffentlichkeit im militärgerichtlichen Verfahren darlegt. Diese Verordnung rechtfertigt die Vermuthung, welche von den Freunden des öffentlichen Gerichtsverfahrens auch im militärischen Strafprozess in den Reichstagsdebatten, leider ohne die Zustimmung der Mehrheit zu finden, von vornherein geltend gemacht worden ist. Die Verhandlungen vor dem Militärgericht werden viel häufiger als vor dem bürgerlichen Strafgericht hinter verschlossenen Thüren vor sich gehen.

Fauler Zauber. In der nationalliberalen Presse herrscht kindische Freude, weil man zwei Sozialdemokraten entdeckt hat, die sich freiwillig, selbstverständlich ganz freiwillig, unter die Rache-Engel nach China gemeldet haben. Es sollen zwei Soldaten in Würdingen (Reichslande) sein. — Schau, schau! Die nationalliberale Presse weiß sicherlich eben so gut wie wir, daß, nach Lage der Sache, kein Sozialdemokrat, der den bunten Rock trägt, es wagen darf, seine Gefinnung zu offenbaren. Woher will man also wissen, daß die beiden Soldaten „zielbewusste Sozialdemokraten“ sind? Nein, das Ganze ist national-liberaler Schwindel, weil es mit der Freiwilligkeit der Soldaten, nach China zu gehen, sehr gehapert hat, und nun sollen zwei angebliche Sozialdemokraten das Ganze retten. „Spiegelberg, ich kenne Dir.“

Die Frage der gesetzlichen Regelung der Hausarbeit in der Cigarrenfabrikation geht, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin meldet, nunmehr ihrer Lösung entgegen. Nachdem im Frühling dieses Jahres eine Abordnung aus dem Reichsamt des Innern im westfälischen Industriebezirk Studien über die Verhältnisse der Hausindustrie in der Cigarrenfabrikation namentlich in Hinsicht auf die Zustände der Wohn- und Arbeitsräume der Hausarbeiter gemacht hatte, wurde das Reichsgesundheitsamt mit einer Begutachtung betraut, die jetzt an maßgebender Stelle vorliegt. Die Vorschläge des Reichsgesundheitsamtes werden den Beteiligten zur Stellungnahme bekannt gegeben und es ist zu erwarten, daß zu dem Behufe eine Anhörung von Sachverständigen aus dem deutschen Tabackgewerbe vom Reichsamt des Innern angeordnet wird. Es dürften insbesondere in Betracht kommen: die Kinderarbeit, die Beschaffenheit der Wohn- und Arbeitsräume und die Ueberwachung der Durchführung der zu erlassenden Vorschriften. Die Forderung der Ministerialen Handelskammer, daß minderjährige Personen die Zulassung als selbstständige Hausarbeiter verwehrt werde, soll als undiskutirbar aus den weiteren Erörterungen ausscheiden. — Das wird anscheinend wieder ein echtes Stück deutscher Sozialreform abgeben. Man geht um den eigentlichen Kern der Sache wie die Rahe um den heißen Brei herum.

Der Patriotismus der Kanonenfabrikanten ist bekanntlich über jeden Zweifel erhaben, nur ihr Geschäftssinn geht noch darüber hinaus, denn „Verdienen“ wird auch bei ihnen groß geschrieben. Sie halten es darum, unbeschadet all' ihres Patriotismus, für durchaus zulässig, dem Auslande die Waffen zu liefern, mit denen vielleicht deutsche Landeskinde hingemordet werden sollen. Von Staatswegen ist diesem edlen Thun und Handeln bisher kein Hinderniß in den Weg gelegt worden, ja nach Lage der Gesetzgebung könnte selbst bei drohendem Ausbruch eines Krieges, könnte z. B. nach Ermordung des deutschen Gesandten in Peking den Waffenfabrikanten das Geschäft mit China nicht gelegt werden. Das ist aber ein Zustand, der allen vernünftigen Begriffen Hohn spricht, und es ist deshalb begreiflich, wenn angesichts der gegenwärtigen Wirren von verschiedenen Seiten energisch die Forderung erhoben wird, daß man eine gesetzliche Grundlage für ein Waffenausfuhrverbot schaffe. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Es giebt Vorgänge in den letzten Kriegen, die von vieler Seiten nicht recht verstanden werden, nämlich, daß die Söhne der Großmächte gegen dieselben Waffen opfervolle Kämpfe führen mußten, die unter der Einwilligung derselben Mächte aus den Fabriken von den Gegnern gekauft wurden. Ja, es scheint gegenüber den Erfahrungen, die in letzter Zeit in den Kolonien, auch von den Engländern in Afrika, gemacht worden sind, nöthig zu sein, in Zukunft das Waffenausfuhrwesen in gesetzliche Schranken zu binden. Es kann leider nicht ganz unterdrückt werden, weil das in unsere eigene Waffenfabrikation so schwere Störung bringen würde, daß wir selbst sehr darunter litten, aber es würde sich vielleicht dringend empfehlen, folgenden „einzigsten Paragraphen“ einzubringen: „Die Lieferung von Kriegswaffen und Kriegsmaterial an das Ausland unterliegt der jedesmaligen Genehmigung des Reichskanzlers.“ Mit diesem Verbot würde die Regierung wenigstens die Sache einigermaßen zügeln und dort, wo die Lieferungen geradezu selbstmörderisch für uns und unsere Söhne werden, die Massenexporte inhibiren. Wir glauben sicher, daß jeder Deutsche, der die Verlaste unserer braven Landeskinde beklagt, die Einfuhr dieses völlig parteilosen Paragraphen mit Genugthuung begrüßen wird.“

In der angegebene Richtung vorzugehen, würde der Reichstag jedenfalls bereit sein und keine Partei dürfte sich dagegen sträuben. Was insbesondere die Linke der Volksvertretung anbetrifft, so hat sie ihre Bereitwilligkeit dazu bewiesen, lange bevor die „Kreuzzeitung“ auf ihren klugen Gedanken verfallen war. Sie hat nämlich schon im Mai dieses Jahres einen Antrag im Reichstage eingebracht, der den gleichen Zweck verfolgte, wie der „einzigste Paragraph“ des konservativen Blattes, nur daß jener Antrag weit praktischer und wirksamer formulirt war. Die deutsche Volkspartei brachte, wie die „Frankfurter Zeitung“ erinnert, bei der Berathung des „Gesegentwurfs betr. Aenderung des Strafgesetzbuches“ (lex Heinze) einen Zusatzantrag zu § 367 des Strafgesetzbuches ein, wonach eventuell mit Haftstrafe bestraft werden soll:

„Wer entgegen behördlicher Anordnung Waffen, Ausrüstungsgegenstände für Kriegsschiffe oder anderes Kriegsmaterial an eine auswärtige Macht liefert.“

Neben der Strafe kann auf Einziehung der be-

treffenden Gegenstände oder ihres Wertes er-  
kannt werden."

Die Junker haben natürlich diesen Antrag seiner Zeit  
nicht der geringsten Beachtung gewürdigt, vielleicht nicht  
einmal von seinem Inhalte Kenntnis genommen, ging doch  
ihre ganze Sinnen und Sehnen nur darauf hinaus, Kunst  
und Künstler mit neuen Strapagraphen zu knebeln und  
Alles, was der Erreichung dieses Zieles hinderlich schien,  
unbefehlig bei Seite zu schieben. Jetzt, wo uns das  
chinesische Feuer auf den Nägeln brennt, sind ihnen die  
Augen aufgegangen, leider zu spät. Es ist anzunehmen,  
daß der Antrag beim Wiederzusammentritt des Reichs-  
tags neuerdings eingebracht werden wird, und hoffentlich  
wird er dann auch die Zustimmung der Reichstage finden.  
Daß er wirkungsvoller als der Vorschlag der „Kreuz-  
zeitung“ ist, leuchtet auf den ersten Blick ein. Die Be-  
drohung des Lieferanten mit der Konfiskation resp. mit  
dem Wertherjag der Lieferung neben der Strafe ist  
zweifellos das geeignetste Mittel, die Ausführung ver-  
botener Waffenlieferungen zu verhindern. Denn groß  
ist der Patriotismus der Kanonen- und Panzerplatten-  
Fabrikanten, größer aber ist die Sorge um ihren Geld-  
beutel.

Ringbildungen und kein Ende. Dem Margarinerer  
ist ein Geseßyndikat gefolgt. Der „Frankf. Ztg.“ wird  
aus Berlin berichtet: „Die Verhandlungen der nord-  
deutschen Brennererwerb mit den süd-  
deutschen über die Vereinigung sämtlicher Brennerer-  
werb zu einem Geseßyndikat werden nächstens in Konfe-  
renzen, die in Berlin stattfinden sollen, zum Abschluß  
gelangen.“ — Die Leidtragenden sind bei allen diesen  
Gründungen natürlich die Konsumenten.

Eine deutsche Nachrichten-Expedition. Der Deutsche  
Flottenverein entsendet demnächst unter Führung  
des Oberleutnants Werther eine Nachrichten-Expedition  
nach China, um das deutsche Nachrichtenwesen unabhängig  
von englischen und anderen fremden Einflüssen aus-  
zugestalten. Die aus etwa 15 bis 20 Mann bestehende  
Truppe wird mit Feldtelegraphen-Apparaten, mit Marconi-  
Apparaten und Heliographen ausgerüstet sein. Das von  
Schanghai nach Kwantchou schleunigst zu legenden Kabel  
wird durch Feldtelegraphen und dann durch ein kleineres  
Kabel zunächst bis Taku, dann wieder weiter durch Feld-  
telegraphen und drahtlose Telegraphie bis zum Kriegs-  
schauplatz zu einem raschen und zuverlässigen Verkehrs-  
mittel ausgebaut werden. Auf diesem Wege wird die  
Expedition die Nachrichten nach Berlin übermitteln, sie  
wird dem Gang der Kriegsoptionen folgen. Der  
Dampfer, der dieselbe nach Ostasien bringt, geht am  
5. August von Genua ab.

Das Einfuhrverbot für Büchsenfleisch und Würste ist  
ergangen. Das Verbot tritt am 1. Oktober l. Js. in  
Kraft. Die betr. Verordnung, gegeben Travemünde, den  
30. Juni, wurde Dienstag im „Reichsanz.“ veröffentlicht.  
Der durch die Verordnung zum 1. Oktober d. Js. in  
Kraft gesetzte § 12 Abs. 1 des Fleischbeschaugesetzes lautet  
wörtlich: „Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht  
verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von  
Würsten und sonstigen Gemengen aus zerhacktem  
Fleische in das Zollland ist verboten.“ Die gleich-  
falls in Kraft gesetzten Teile der §§ 26—29 enthalten  
die Strafbestimmungen bei Zuwiderhandlungen  
gegen das Einfuhrverbot. Danach wird mit Gefängnis  
bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark  
oder mit einer dieser Strafen bestraft, nicht nur, wer dem  
Einfuhrverbot zuwiderhandelt, sondern auch, wer verbot-  
widrig eingeführtes Fleisch als Nahrungsmittel oder Genuss-  
mittel für Menschen in Verkehr bringt. Wer die bezeich-  
neten Handlungen aus Fahrlässigkeit begeht, wird mit  
Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft. Neben der Strafe  
ist auf die Einziehung des Fleisches zu erkennen. Dem  
Berliner Agrarierblatt genügt die Verordnung noch nicht:  
„Es ist dringend erforderlich,“ bemerkt das Blatt, „daß  
ein näher Endtermin festgestellt werde, bis zu welchem  
Büchsenfleisch u. s. w. feil geboten werden kann.“ Man  
sieht, die numerierten Agrarier gehen stets auf's Ganze.  
— Die amerikanischen Fleischkonserven sind also nunmehr  
für Innerdeutschland auf den Aussterbe-Stat gesetzt wor-  
den, obgleich die Marine-Verwaltung soeben noch durch  
große Anläufe dieser Fabrikate für die Verproviantierung  
der Truppen in China ihre Ueberzeugung bekundet hat,  
daß dieselben durchaus beförmlich und gesundheitsunschäd-  
lich sind. Am Ende können wir gar noch das erbärmliche  
Schauspiel erleben, daß diese Anläufe für das Heer im  
Auslande fortgesetzt werden, während die Verbraucher im  
Inlande darauf verzichten und zu theueren Preisen  
heimisch-agrarische Fabrikate verzehren müssen. Daß diese  
aber nicht immer besser sind, als die vielverkauften  
amerikanischen Fleischwaren, sondern im Gegenteil sehr  
viel bedenklicher, dafür liegt soeben wieder ein bezeichnendes  
Beispiel in folgender Mittheilung der „Allgem. Fleisch-  
zeitung“ vor:

Die von Agrariern gegründete „Amerikanische  
Wurst- und Fleischwaren-Fabrik, Aktien-Gesellschaft, in Zwönitz-  
au im Großherzogthum Oldenburg“ hat in letzter Zeit mehrfach  
Wurst und Bratenfleisch geliefert, die bei der dortigen Nach-  
untersuchung theils als minderwertig, theils als un-  
genießbar bezeichnet worden ist. Wie der Korrespondent des  
genannten Blattes aus Braunschweig berichtet, sind dort 1000  
Pfund Wurst, die von einer Zwönitzer Wurstfabrik an den  
Braunschweiger Kaufmann Joerger geliefert wurden, bei der  
Untersuchung auf dem Schlachthof besaunders und auf die Frei-  
wiese verworfen worden. Diese 1000 Pfund Wurst sowie ein  
etwas später an den Speisekoch Dues abgelieferter Posten, von  
dem 100 Pfund Roth- und Leberwurst bei der Untersuchung als  
völlig ungenießbar bezeichnet und der Abdeckerlei über-  
wiesen wurden, rührten von der oben genannten agrarischen  
Wurst- und Fleischwarenfabrik her.

Kommentar überflüssig. Jedoch, was hilft da Alles  
Kahonnen? Die Verhinderung steht nun heute einmal  
unter der agrarischen Faust, und man ist recht selbst vor

den ärgsten Widersprüchen nicht zurück, um nur ihren  
Geboten zu genügen. Das Volk mag's ausbaden.

**Kleine politische Nachrichten.** Zum Präsidenten  
des Reichsmilitärgerichts ist, wie im „Reichsanz.“ am-  
lich bestätigt wird, Generalleutnant Frhr. von  
Gemmingen ernannt worden. Er ist bereits nach Berlin ver-  
setzt, um ihm schon jetzt Gelegenheit zu geben, alle Vorbereitungen  
zur Errichtung des neuen Reichsmilitärgerichtshofes zu treffen.  
— In Brüssel ist das Urtheil im Prozeß der Transvaal-  
regierung gegen die belgischen Unternehmer der  
Selati-Wahn wegen Unterschlagung und Fälschung ge-  
sprochen worden. Es lautet: Eugen und Robert Oppenheim und  
Henry Warnant 2 Jahre Gefängnis und 2000 Frks. Geldstrafe,  
Terwagne 6 Monate Gefängnis und 1000 Frks. Geldstrafe; Louis  
Warnant und Braconier wurden freigesprochen. (Die Verurtheilten  
hatten, wie bemerkt werden muß, das Manö in ihren Kassen da-  
durch zu erklären versucht, das fehlende Geld sei an Präsident  
Kralger und andere Mitglieder der Burenregierung als Bestechung  
bezahlt worden. Durch den Prozeß ist nun die Haltlosigkeit dieser  
Behauptung erwiesen.) — Aus Paris wird gemeldet: Haupt-  
mann Thibault, der am Nationalfest eine ausgelegte Fahne  
von seinem Fenster entfernen ließ, wurde mit 60 Tagen  
Arrest bestraft. Sein Regimentchef wird wegen jenes Vor-  
falls verurteilt. — 25 Jüglinge der Militärschule in Pancaldi  
(Türkei), die in diesem Jahre Offiziere werden sollten, wurden  
wegen jugtürkischer Umtriebe zu gemeinen Soldaten  
degradirt. — Ueber die Verlobung Alexanders mit Daria  
Machin herricht in ganz Serbien große Aufregung  
und Erbitterung. Der größte Theil der Hofwürdenträger  
danke ab. Niemand wollte Minister werden, so daß sich der König  
entschließen mußte, ein farbloses Geschäftministerium zur Er-  
ledigung der Eheangelegenheit zu bilden. Aus Anlaß seiner Ver-  
lobung hat Alexander auch eine beschränkte Amnestie für  
politische Vergehen gewährt. Den zu Gefängnißstrafen  
Verurtheilten ist die Strafe erlassen. Die Kerkerstrafen sind in Ge-  
fängnißstrafen umgewandelt und erheblich herabgemindert. Am Urtheil  
gegen Milan betheiligte Gemeine sind von der Amnestie ausgeschlossen.  
— Die „Revolution“ in Venezuela ist vorläufig wieder ein-  
mal beendet. Wie „Reuters Bureau“ aus Caracas meldet, ist in  
der ganzen Republik Venezuela der Friede verkündet. Die poli-  
tischen Gefangenen wurden freigelassen. — Zur Revolution  
in Columbia meldet der „New-York Herald“ aus Panama,  
daß jetzt auch in der Nähe der Stadt Panama gekämpft wird,  
und daß die Regierungstruppen den Aufständischen hartnäckigen  
Widerstand leisten. Die Regierung hoffe durch Verstärkung ihrer  
Truppen der Aufständischen Herr zu werden. Alle selbstthätigen  
Bürger sind zu den Waffen gerufen. Bisher sind man 200 Tode  
und Verwundete. — Wie der „Herald“ in Montreal mittheilt, hat  
die Central-Junta der Philippinen sich bereit erklärt,  
unter folgenden Bedingungen mit den Vereinigten Staaten von  
Amerika Frieden zu schließen: 1) Zurückzahlung der 20 Millionen  
Dollars, welche die Vereinigten Staaten an Spanien gezahlt haben,  
an die Vereinigten Staaten. 2) Herstellung freundschaftlicher und kom-  
merzieller Beziehungen zwischen beiden Ländern. 3) Gewährung  
von Kohlenstationen an die Vereinigten Staaten außerhalb der be-  
stehenden Städte. 4) Keine Monopole auf den Inseln und Gleich-  
stellung der Amerikaner mit den Eingeborenen in Bezug auf  
Sicherheit der Person und ihres Eigenthums. 5) Gewährung aller  
Forderungen der Amerikaner, sofern sie nicht die persönlichen und  
politischen Rechte der Philippinos sowie die Integrität der Nationali-  
tät der Philippinos berühren. Es braucht kaum hervorgehoben zu  
werden, daß die Amerikaner auf diese Beziehungen nicht eingehen  
werden.

### Sibirien.

Die gelbe Gefahr in Sibirien behandelt eine längere  
Korrespondenz der „Köln. Ztg.“, welcher wir folgende  
Details entnehmen. „Der Zustuß von Chinesen nach  
Sibirien hat in den letzten Jahren außerordentlich stark  
zugenommen. Die heftigsten Klagen darüber steigerten  
sich derartig, daß man aus Petersburg eine besondere  
Kommission entsandte, um Erhebungen anzustellen. Da  
hat sich erwiesen, daß bei weitem mehr Chinesen im Amur-  
gebiet sich befinden, als von der russischen Behörde regi-  
strirt sind, bezw. registirt werden konnten, denn sie ver-  
stehen sich überaus raffiniert der Kontrolle zu entziehen.  
Eine solche Kontrolle ist bei den langen Grenzstrecken an  
der Mandchurei und am Amurgebiet natürlich sehr schwer  
durchzuführen. Nordamerika vermag die Chineseneinwan-  
derung sehr einfach zu verhindern, indem es seine Häfen  
gegen die gelbe Seuche, wie man es nennt, sperrt —  
das liegt aber im ostasiatischen Rußland ganz anders.  
Vor Beginn des Baues der ostsibirischen Bahn gab es  
auf russischem Gebiet fast gar keine Chinesen. Aber mit  
einem Schlage änderte sich das, sobald der Bahnbau in  
Angriff genommen war. Es erschienen chinesische Händler,  
Kleinhandwerker und besonders massenhaft Arbeiter, welche  
die russischen Arbeiter bald zu verdrängen mochten, da sie  
mit einem weit geringeren Tagelohn zufrieden waren. Die  
heim Bau der Transsibailbahn für Holzbauten, Stein-  
und Erdarbeiten ausgeworfenen Vorschläge konnten  
beträchtlich herabgesetzt werden, da die Chinesen für den  
vierten Theil des veranschlagten Lohnes die Arbeit über-  
nahmen und, was besonders ins Gewicht fiel, stets in  
wenigen Tagen in jeder gewünschten Zahl am Arbeitsort  
zur Verfügung standen. Das „Arbei“-Wesen (Arbeits-  
genossenschaft) kennen die Chinesen sehr gut. Ein  
Chinesen-Arbei ist aber einem russischen von vornherein  
schon dadurch überlegen, daß er ganz gut einige Monate  
ohne Arbeit bestehen kann, was bei russischen Arbeits-  
ganzlich ausgeschlossen ist. Trotz des so geringen Lohnes  
machen die Chinesen doch noch Ersparnisse. Es ist das  
bei ihrer sprichwörtlichen Bedürfnislosigkeit kein Wunder,  
denn etwas Reis, ein Stüchchen gedörrten Fisches, wenige  
Küben genügen vollständig zum Unterhalt. Die Frage,  
ob der Zustuß von Chinesen in die russischen Gebietsheile  
dem russischen Handel schaden und der Volkswohlstand  
erschüttern wird, ist ohne Zweifel sofort zu bejahen, aber  
die Frage nach Abhilfe ist durchaus nicht kurzer Hand zu  
beantworten. Auf der ganzen Strecke von Irkutsk bis  
Bogowodsk kaufen die Chinesen heimlich und natürlich zu  
einem außerst geringen Kurs das an den russischen Grund-  
besitz illegal gewonnene ingermannte Raingold auf und  
bringen es nach China. Hierdurch wird Rußland und  
keine Bevölkerung doppelt geschädigt, allgemein volkswirth-  
schaftlich und direkt finanziell. Ein weiterer Uebelstand  
ist der Vertrieb von chinesischem Branntwein, dem  
„Schuwin“, der, halb so theuer als der russische Schnaps,  
sich von diesem nur durch einen widerlichen Geruch unter-  
scheidet, an den sich aber die wenig wäckerlichen russischen

Arbeiter bald gewöhnen. Ganz selbstverständlich sind unzählige  
kleinere und größere Spitzbübereien, in denen die geriebener  
Schlitzen zu Meister sind. Das Einschleppen ekelhafter,  
ansteckender Krankheiten und schändlicher, demoralisirender  
Laster ist ebenso selbstverständlich, wozu auch in aller  
Welt Chinesen kommen. Das sind nur so einige Miß-  
stände. Der gefährliche Hauptpunkt bleibt das billige  
Arbeitsangebot der Chinesen, wodurch bei dem sonst so  
phlegmatischen russischen Arbeiter ein wilder, grenzenloser  
Haß erzeugt wird gegen die Konkurrenten von der  
gelben Rasse. Der Chinesen unterbietet jedes europäische  
Arbeitsangebot und jeden Preis — sei es als Tagelöhner,  
als Hausierer, Fließhuster oder sonstwie. Geholten gegen  
die chinesische Einwanderung haben bisher alle Maßregeln  
so gut wie gar nicht, selbst nicht die ecktruffische ultima  
ratio, daß wer von den gelben Burtschen ohne Paß ge-  
faßt wurde, furchtbar verprügelt über die Grenze flog  
sobald der biedere Pi oder Si oder Chia nur wieder  
friedlich kam, schleicht er sich an einer anderen Stelle  
wieder über die Grenze ein. Fest absperrern könnte man  
höchstens vielleicht das Transsibailgebiet, bei der Man-  
dschurei ist das aber völlig unmöglich. Schon vor Jahr  
und Tag sprach man unverbohlen von einer „chinesischen  
Gefahr“, und welche Wichtigkeit man in russischen  
Regierungskreisen der Sache mit Recht beilegte, geht dar-  
aus hervor, daß man der Untersuchungskommission Kanner  
beigab, wie z. B. Lewitow, den bekannten National-  
ökonom. Die Erhebungen sind sehr gründlich durch-  
geführt, aber sie haben eben nur die Thatsachen klar-  
gestellt; irgend einen greifbaren guten Rath oder aus-  
sichtsvolle Vorschläge zur Abhilfe hat die Kommission auch  
nicht zu geben vermocht. Allerdings hofft man, daß durch  
das Zustromen und Anfüßigerwerden von Europäern im  
Transsibailgebiet und im Amurdistrikt die Chinesen  
schließlich doch wieder zurückgedrängt werden. Die Ein-  
wanderung von Russen in diese Gebiete wächst von Jahr  
zu Jahr. Die Einwandererzahl betrug 1897 86 375,  
1898 schon 205 645 und 1899 sogar 223 981. Kürzlich  
sind auch noch wieder neue Verfügungen zur Förderung  
der Einwanderung ergangen, z. B. wird die Bahnfahrt  
zum vierten Theil des Preises und Bauholz, Saatgut,  
Geräthe und sogar Maschinen vom Staat auf Kredit ge-  
währt.“ — Bekanntlich wollten auch etliche deutsche  
Industrielle und Agrarier Kulis importiren; bisher ist es  
jedoch noch nicht dazu gekommen, und ob es in Zukunft  
geschieht, ist für uns noch mehr als zweifelhaft, obwohl  
wir den deutschen Unternehmern alles Mögliche zutrauen.  
Das Beispiel in Sibirien und Amerika zeigt den deutschen  
Arbeitern, was sie von den Kulis zu erwarten  
hätten. Darum Obacht!

### Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die 5000-  
Mann starke Kolonne unter General Carrington, die von  
portugiesisch-Beira durch Rhodesia in das nördliche Transvaal ein-  
fallen sollte, hat jetzt endlich auch etwas von sich hören lassen.  
Bereit mit den Rhodesia-Feldtruppen soll jene englische Kolonne  
das erste Gefecht mit den Buren gehabt und deren Stellung am  
Selonsfluß nach einem heftigen Kampfe gestürmt haben, wobei die  
Engländer 4 Tode und 19 Verwundete verloren, während die  
Burenverluste angeblich schwer waren. Da es sich lediglich um eine  
Blättermeldung aus Kapstadt handelt, läßt sich über die Bedeutung  
des britischen „Erfolges“ noch nichts sagen.

Im Orange-Freistaat wurde der von den Buren beschädigte  
Bahnkörper bei Windom wieder in Ordnung ge-  
bracht. Man vermutet, daß die Burenkommandos, welche die  
Bahn bei Kroonstad-Johannesburg kreuzten und die wahrscheinlich  
zu dem zersprengten Burenheer unter Dewet gehören, sich nach dem  
Punkt bewegen, wo sich der Rhein in den Vaal ergießt. Trifft  
diese Vermuthung zu, so wird der Kleinrieg im westlichen Trans-  
vaal, den Lord Methuen und General Baden-Powell neuerdings  
unterdrückt zu haben glauben, wieder hell aufleben. Es ist bezeich-  
nend für die Machtlosigkeit der starken englischen Abtheilungen im  
Orange-Freistaat, daß sie diese Bewegung der Buren unter Dewet  
nicht hindern konnten.

Das Reuters Bureau meldet aus Bronkhorstspruit  
vom 24. Juli: Als die Buren erfuhr, daß die britischen Truppen  
vorrückten, räumten sie alle ihre Stellungen. Es wird berichtet,  
daß sie in nordwestlicher Richtung marschiren, und zwar nach  
Lydenburg, wozu sich auch Präsident Krüger begiebt. Ein Theil  
der Buren bleibt nördlich von Bruchveldt, von wo aus er veruchen  
will, die britischen Verbindungslinien abzuschneiden. Die Brüden  
sind völlig zerstört, auch zwei kleinere Brücken zwei Meilen westlich.  
Es wird für unwahrscheinlich gehalten, daß dem Vormarsch der  
britischen Truppen nach Middleburg Hindernisse in den Weg gestellt  
werden. Ein allgemeiner Vorstoß in östlicher Richtung ist im  
Gange, General French steht mit 2 Brigaden südlich, Pole-Carew  
im Centrum, Hamilton und Oberst Mahon nördlich. Die gesammte  
Kolonne ist hier (in Bronkhorstspruit) fast ohne Auf Widerstand zu  
treffen angekommen. — Wie Baden-Powell vom Majota-Paß unter  
dem 22. Juli berichtet, vertrieben die Obersten Virey und Luffington  
mit 400 (?) Mann 1000 Buren aus einer starken Stellung und  
zersprengten sie (??), indem sie ihnen große Verluste beibrachten.  
Die Verluste der Engländer betragen 6 Tode und 19 Verwundete.

Feldmarschall Roberts meldet vom 24. Juli: In der Nähe  
von Roberval wurde von den Buren ein Vorrathszu-  
g erobert, in welchem sich 2 Offiziere und 200 Mann  
Waller'sche Jüliere befanden; die meisten derselben wurden  
gefangen genommen. — Derartige Vorfälle ereignen sich  
in der letzten Zeit unangenehm häufig.

Wie die „Times“ vom 22. Juli aus Waterwal melden,  
marschirte General Clery an diesem Tage gegen Waterwal; der  
linke englische Flügel hatte ein Plänklergefecht mit einer be-  
trächtlichen Anzahl Buren.

Nach den „Daily News“ wurde der Kommandant der  
Buren in Komatipoort, Laubard, an der Grenze des Swasi-  
landes von einer englischen Patrouille getödtet.  
Die Geseßgebende Versammlung der Kap-  
kolonie begann am 24. Juli die Verathung des Antrages  
Merriam, der die Abschaffung des Kriegesrechts  
in bestimmten Distrikten der Kolonie fordert. Der  
Attorneygeneral Jones trat dafür ein, das Kriegesrecht so lange,  
als notwendig sei, aufrecht zu erhalten. Der bisherige Attorney-  
general Selimon stimmte dem Antrage Jones zu. Die Debatte  
wurde hierauf vertagt.

Oberst Schiel dementirt in einer Zuschrift an die  
„Times“ aus St. Helena vom 2. Juli die Nachricht, er habe sich  
über seine Behandlung beklagt. Er werde so freundlich und hoch-  
herzig behandelt, daß er öffentlich den englischen Offizieren Aner-  
kennung zuollen müsse.

## China.

**Die Wirren in China.** Noch immer harret das Räthsel von Peking seiner Lösung. Etwas Positives ist vorläufig von den Chinesen nicht herauszubekommen, und es steht Jedem nach wie vor frei, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was die Chinesen eigentlich vorhaben. Zu den Nachrichten, daß die Mitglieder der englischen Gesandtschaft sich bereits auf dem Wege nach Tientsin befänden, liegt von keiner Seite eine glaubwürdige Nachricht vor. Li-Hung-Tschang gab dem italienischen Konsul in Schanghai sowie dem dortigen französischen Generalkonsul abermals die Versicherung, daß die Mitglieder der Gesandtschaften in Peking wohlbehalten seien und daß die chinesische Regierung Vorbereitungen treffe, um sie unter Geleit nach Tientsin zu befördern. Was nützen jedoch alle diese fortwährenden Versicherungen, wenn von den Gesandten selbst kein Lebenszeichen an die Öffentlichkeit dringt? Man glaubt daher auch den Versicherungen Li's nicht mehr.

In Tientsin ist abermals ein Käufer aus Peking eingetroffen; er berichtete: Die Europäer befanden sich am 10. d. M. in Sicherheit. Beträchtliche Kämpfe fanden zwischen Bogern und chinesischen Soldaten im Innern der Stadt statt. — Leider sind Nähernachrichten auch nicht recht beweiskräftig.

Ferner meldete eine Depesche des Kommandanten des amerikanischen Kriegsschiffes „Brooklyn“ aus Tschifu von Dienstag an das Marinedepartement in Washington: In Tientsin ging am 21. Juli eine vom 4. Juli datirte schriftliche Botschaft, unterzeichnet Conger, ein folgendes Inhalts: Wir sind zwei Wochen lang in der britischen Gesandtschaft belagert worden. Es besteht große Gefahr allgemeiner Hinmordung durch die chinesischen Soldaten, die die Gesandtschaft täglich bombardiren. Der Entsatz muß, wenn überhaupt, bald kommen. Die Stadt ist ohne Regierung, außer durch die chinesische Armee, die entschlossen ist, alle Fremden in Peking umzubringen. Der Einmarsch des Entsatzkorps in die Stadt wird voraussichtlich heiß bestritten werden. Der chinesische Gesandte Wutingfang ließ am Montag eine zweite Depesche des Staatssekretärs Hay an den Gesandten Conger abgehen. — Aus dieser offenbar authentischen Depesche des amerikanischen Gesandten geht hervor, daß sich die Fremden in schwerer Bedrängnis befanden und den Ansturm der Bogern und regulären chinesischen Truppen auszuhalten hatten. Daß in Peking völlige Anarchie geherrscht hat und vielleicht noch herrscht, zeigt auch folgende Meldung des Reuterschen Bureaus aus Tsaku vom Sonntag: General Li, Kommandant der in der Nähe von Tsaku gelegenen Brigantens, benachrichtigte den britischen Befehlshaber den Offizier bei Longku, daß ein Käufer, der Peking am 14. d. M. verließ, berichtet, daß die Stadt sich im Zustande vollständiger Anarchie befunden habe. Die Truppen hätten mit den Bogern gekämpft, die die Leberhand im Kampfe gewonnen hätten. Die Munition der Gesandtschaftswachen sei erschöpft gewesen. Die Europäer wären parjam mit der Gemeinmüthigkeit umgegangen. Die fremdenfeindlichen Chinesen hätten eine Anzahl Geschütze auf die die Gesandtschaften beherrschenden Wälle gebracht. Die Wachen hätten jedoch einen Ausfall gemacht und die chinesischen Geschütze zum Schweigen gebracht. Li fügte hinzu, er würde es gern vermeiden, gegen die Verbündeten zu kämpfen.

Nach dem 14. Juli scheint man in Peking ein gewisser Umschwung in der Gesinnung bei verschiedenen maßgebenden Personen eingetreten zu sein. Wenigstens berichteten Chinesen, die aus den benachbarten Gebieten in Tientsin eintrafen, daß die kaiserlichen Truppen die Bogern tödteten, wo sie sie nur zu Gesicht bekommen, indem sie erklären, die Bogern hätten sie verleitet, einen hoffnungslosen Streit zu beginnen. Auch in der oben bereits wiedergegebenen Nähernachricht war schon von Kämpfen zwischen Bogern und chinesischen Truppen in Peking die Rede, ein Grund mehr, diesen Theil der Meldung für wahr zu halten.

Wir denken uns die Sache so, daß es den vereinten Bemühungen des Prinzen Tschang und des Generals Junglu doch noch gelungen ist, die Wächter von Peking von der Thorheit ihres Beginns zu überzeugen, und daß sich dann die Truppen von den Bogern getrennt haben. Wie gesagt, Beweise haben wir dafür nicht, wir schließen es nur aus dem vorliegenden Nachrichtenmaterial.

Aus Schanghai meldet der Korrespondent der „Times“, daß er mit Li-Hung-Tschang eine Unterredung hatte, in der dieser erklärte, wenn sich die Mandschu-Partei des schrecklichen Verbrechens der Ermordung eines Gesandten schuldig gemacht hätte, so würde er sich unter allen Umständen weigern, die Unterhandlungen zu übernehmen. Li-Hung-Tschang fügte hinzu, die Absicht des Tsungli-Yamens sei jetzt, die Kaiserin zu bitten, zunächst den Gesandtschaften Lebensmittel zu senden und dann Vorkehrungen zu treffen, die Gesandten in Begleitung eines Generals nach Tientsin zu senden. Der Kampf in Peking habe aufgehört, die fremden Truppen hätten die Stellung südlich der Yuh-o-Brücke inne, während die Truppen Lung-Fuh-Siang's auf der Nordseite ständen. Bezüglich der Grundlage der geplanten Unterhandlungen sagte Li-Hung-Tschang: Chinas Finanzlage würde dem Lande nicht gestatten, eine Entschädigung zu zahlen, und die Volkswürde werde niemals weitere Gebietsabtretungen zu lassen. Er sei der Ansicht, daß die Mächte sich damit einverstanden erklären sollten, wenn man ihnen die Versicherungen gäbe, die Verwaltung zu reformiren und die für die jetzige Krisis verantwortlichen Beamten abzusetzen. Ein Vertrauensmann Li-Hung-Tschang's aus seiner Umgebung erklärte, Li-Hung-Tschang werde sich nicht nach Norden begeben, bis er sich überzeugt hätte, daß die Kaiserin-Wittve die Thorheit der bisher befolgten Politik eingesehen und sich die Erfordernisse der jetzigen Sachlage klar gemacht habe.

Von kriegerischen Operationen seitens der verbündeten Truppen ist vorberhand noch gut wie nichts zu berichten. Die fremden Truppen haben sich in Tientsin, als der voraussichtlichen Operationsbasis für Peking, häuslich eingerichtet und kleinere Abtheilungen säubern die Umgegend von den noch hier und da vorkommenden, zerstreuten Chinesenhäufen. Wann der Vormarsch auf Peking beginnt, ist noch ganz unbestimmt, nach Reuterscher Meinung schon Ende dieses Monats. Bei dieser Gelegenheit dürfte es angebracht sein, auf einen Artikel der „Kreuztg.“ hinzuweisen, in dem vor einem überreifen Vormarsch auf Peking dringend gewarnt wird. Die Tendenz: „nur schneidig!“, so schreibt das konservative Blatt, „macht sich nicht nur bei den bekannten Laien-Strategen bemerkbar, sondern eine solche kriecht sich immer nach längeren Friedenperioden auch in den Heeren durch. Es giebt kaum eifrigere Vertreter der Offensiv als wir: allein es ist ein großer Unterschied zwischen loslösen Unternehmen und kräftigster Offensiv.“ Die „Kreuztg.“ weist dann auf das warnende Beispiel des Lord Methuen hin, der unter dem begeisterten Zuspruch seiner Genossen in England mit einigen Patronen in der Tasche und Mundbohrer im Säkel es unternahm, Kimberley mit dem Bajanet zu entsetzen. Das war auch schneidig; er wurde aber geschlagen. Seine Operationen mißlangten nicht nur, sondern die ganze englische Armee wurde einer billigen, aber gerechten Kritik ausgesetzt, und der moralische Effekt war ein für das Ansehen der Armee vernichtend. „Ein Zug nach Norden, so führt die „Kreuztg.“ fort, so kurz den an die Potsdamer und andere Chausseen gewöhnten Krieger die Straße von Tientsin nach Peking vorkommen mag, bedarf großer Vorbereitungen auf den zerstreuten Straßen, auf dem durch Ueberflutungen verzwungenen Gelände; selbst das Wasser aus den Brunnen ist nicht trinkbar, sondern muß bekanntlich dem Reizo entnommen und dann erst gefocht

werden. Wer an der Verpflegung einer Armee theilgenommen hat und weiß, was zur täglichen Nahrung nur eines Armeekorps gehört, und welches Angebot von Fahrzeugen oder Lastvieh dazu gebraucht wird, um diese Verpflegung sicher zu stellen, der wird die Unmöglichkeit eines nicht gründlich eingeleiteten Vormarsches ganz erkennen. Wenn solchen Warnern vorgehalten wird, daß es den Japanern möglicher Weise gelingt, sich nach Peking zu werfen, so halten wir das weder für eine Schande, noch für ein Unglück. Der schwerste Feind ist das Klima, die völlig andere Verpflegung u. dergl., an welche Dinge der Japaner gewohnt ist; auch würde ein Mißlingen japanischer Operationen mehr lokalen Charakter tragen und nicht auf das Prestige europäischer Kriegsführung ein so schweres Manko legen, als wenn der Marsch der Verbündeten gar fehl ginge. — Wenn der Oberbefehl nun gar darauf hören möchte, was die öffentliche Meinung will, so sollte er den Degen in die Hände Rimmungserfüllter Schönbredner legen; vielleicht regen deren Artikel und Ansprachen die Leute so an, daß sie Hunger und Durst vertragen, die Wege, in denen sie knietief versinken, für nichts achten, das brackige Wasser für Nektar, die klimatischen Fieber u. s. w. für Begeisterung halten, den Mangel einheitlichen Oberkommandos durch Enthusiasmus ersetzen und über ein Geschlagenwerden, das dann sehr wahrscheinlich ist, sich trösten mit dem Spruche: in magnis voluissat est (es ist schon genug, Großes gewollt zu haben)!

Im Konzert der Mächte giebt es schon wieder verschiedene herzhaftere Mißthöne. Wie Reuters aus Tientsin meldet, beabsichtigen die Russen über die ganze Eisenbahnstrecke Tsaku-Peking eine Kontrolle auszuüben bis zur Beendigung der Feindseligkeiten und die Eisenbahnlinie dann wieder den Chinesen zurückzugeben. Seymour ist entschieden dagegen, daß den Russen gestattet werde, die Eisenbahn jenseits von Tientsin wiederherzustellen; er ist der Ansicht, daß die Engländer dies übernehmen sollten. Seymour's Ansicht theilen alle britischen Einwohner. Die Franzosen bemühen sich, die Kontrolle über die Flußschlepper zu erlangen; man glaubt, sie wollen die Kontrolle mit den Russen theilen. Die britischen Einwohner befürchten, daß die alleinige russische oder französische Kontrolle über die Eisenbahn und über die Flußschiffahrt eine ernste Bedrohung der britischen Interessen und ein Hinderniß für die britischen Operationen bedeute. — Wenn schon jetzt eine solche entlegene Disharmonie herrscht, was soll da erst werden, wenn es gilt, die Leute zu verheeren? Aus Tschifu wird vom 24. d. gemeldet, daß Admiral Seymour mit einem Torpedozerstörer den Yangtze hinaufgeht, um die Uferströme zu deden.

Aus Tientsin wird vom 17. Juli gemeldet, daß Kosaken eine größere feindliche Konzentration vier Meilen nordwestlich von Tsaku ausfindig machten. Die Stärke der Chinesen wird auf 10000 Mann angegeben. Chinesische Vorposten wurden bei Urmoury bemerkt; als die Kosaken kamen, gingen sie zurück. Armoury wurde von Infanterie besetzt. Die Infanterie eröffnete das Feuer. 1 Kosak wurde getödtet, 1 Japaner verwundet.

Für die Lage in Süd-China bezeichnend ist eine Meldung, welche dem Londoner „Daily Express“ aus Hongkong vom Dienstag zugegangen ist. Danach fand am letzten Sonntag beim Beginn des Gottesdienstes in der Baptistenkapelle zu Hongkong in einem anliegenden Hause eine heftige Explosion statt. Die in der Kapelle Anwesenden blieben unverletzt. Die Chinesen behaupten, die Explosion sei einem unglücklichen Zufall zuzuschreiben, haben aber versprochen, daß der Eigentümer des Hauses hingerichtet werden soll.

Die Lage in der Mandchurie und den Grenzländern schildern Berichte des russischen Generalstabs als besser; es herrscht jetzt nahezu vollkommene Ruhe. Wie General Grodelow meldet, erneuerten die Chinesen Sonntag das Bombardement auf Blagowestschensk, richteten aber wenig Schaden an. Abends wurde die Beschießung heftiger, hörte aber in der Nacht auf. Der Dampfer „Selenga“ kreuzte vor Uigun und unterstützte die Truppen von Jasejot; die Kosaken überschritten den Amurfluß und bedrängten die chinesischen Vorposten. Der von Solbugin eingetroffene Dampfer „Bojevoda“, der von Garbin nach Lachwa bestimmt ist, meldet, die Chinesen hätten ihn in Sansin vom Ufer und von Dschunken aus beschossen, einen Booten und eine Frau verwundet. Die russischen Bewohner von Sansin befinden sich in der Mitte des Sungariufusses auf einem Lastschiffe. Das Amurufer ist vor Ueberfällen geschützt. Die Herstellung eines regelmäßigen Dampferverkehrs steht bevor. Truppenabtheilungen unter den Generalen Alexejew und Titshagow schreiten an dem Ufer des Sungari vorwärts. Das schnelle Vorgehen der Generale am Sungari bewirkt, daß die Chinesen bereits einige Punkte der mandchurischen Eisenbahn geräumt hatten. Zur Befreiung Garbins eilen russische Truppen aus Nikofostoje vom Sungariufusse herbei. General Gerngroß leitet die Verteidigung. Es ist Hoffnung auf baldige Besserung der Lage vorhanden. Die Bevölkerung verhält sich den Russen an der Eisenbahn gegenüber freundlich. Mit der Rettung Garbins werden wahrscheinlich auch andere Punkte gerettet sein. Oberst Mißkento gelang es, mit seinen Truppen bis südlich der Station Dschigajoo vorzudringen. Vizeadmiral Alexejew meldet aus Tientsin vom 17. Juli: Aus der Stadt Schaitgen wurden die russischen Truppen beschossen und 8 Angehörige der Schütztruppe verwundet. — Ein Telegramm des Generals Sacharow berichtet aus Michailo Semenowskaja vom 22. Juli, er sei im Vormarsch begriffen, er habe die besetzten Posten von Lanchi beschossen. Die Garnison sei geflohen, der Posten und der Wall seien zerstört. — Nachrichten aus Chabarowsk vom 22. Juli belegen, daß die russisch-chinesische Panfiliale in Garbin bis auf weiteres geschlossen und alle ihre Werthe nach Wladivostok überführt worden seien.

Die französischen Lazaristen und Trappisten, welche in der südlichen Mandchurie Niederlassungen besitzen, erhielten die offizielle Nachricht, daß daselbst 100 Missionare majakrit wurden, offenbar von jenen Banden des Prinzen Tuan, welche nach der Tientsiner Niederlage gegen Norden zogen und den flüchtenden Missionaren begegneten.

Der „Tempo“ in Paris theilt mit, daß die französische Regierung dem Prinzen Henri von Orleans die Erlaubniß zur Theilnahme an der China-Expedition nicht bewilligte.

Dem „Al. Journal“ zufolge verbot die italienische Regierung die Ausfuhr von Waffen und Munition nach China.

## Senat, Bürgerchaft und Streikpostenverbot.

Der Bürgerchaft lag gestern der folgende Antrag des B.-M. Pape vor:

„Die Bürgerchaft richtet das Ersuchen an den Senat, das am 24. April veröffentlichte Verbot des Streikpostenstehens wieder aufzuheben.“

Die zur Besprechung geschäftsmäßig erforderliche Unterfrüfung war vorhanden.

Pape: Ich danke zunächst für die Unterfrüfung. Der Antrag ist von mir schon früher gestellt, ich habe ihn jedoch einweilen zurückgezogen, weil der Reichstag beschloffen hatte, sich mit der Frage zu beschäftigen, und ich das Ergebnis der Verhandlungen erst abwarten wollte. Im Stillen hatte ich auch gehofft, der Senat würde inzwischen aus sich heraus die Verordnung aufheben. Darin habe ich mich leider getäuscht. Doch wie so oft im Leben ich auch dertartiges schon erlebt, es soll mich nicht abhalten, zu thun, was ich

für Recht erachte, und so habe ich denn den Antrag abermals eingebracht. Der Reichstag hat die Verordnung einer geradezu vernichtenden Kritik unterzogen, Redner aller Parteien befehligten sich daran, von keiner Seite erstand ihr ein Verteidiger. Lachten doch sogar die Konserverbitter, als unser Gesandter Dr. Klügmann erklärte, das Koalitionsrecht werde durch die Verordnung nicht geschmälert. Vom Regierungssitze aus wurde ausdrücklich zugesagt, daß das Streikpostenstehen ein Theil des Koalitionsrechts sei. Dieses haben wir zu schützen und deshalb bitte ich, meinen Antrag anzunehmen. Ich kann es verstehen, daß man persönlich unangenehm berührt wird, wenn vor der eigenen Fabrik Posten zur Beobachtung sich aufstellen. Wir haben aber nicht nach unserem persönlichen Empfinden zu handeln, sondern lediglich die rechtliche Seite zu prüfen. Wir machen in immer ausgedehnterem Maße von den „schwarzen Listen“ Gebrauch, da dürfen wir auch den Aermsten der Armen nicht verwehren, sich ihres Rechtes ausgiebig zu bedienen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß in Libed Streikpostenstehungen sehr schwer bestraft werden; wozu da noch diese Verordnung? Wir sind stolz darauf, im freien Libed, in einem demokratisch regierten Staate zu leben. In ein solches gehört die Verordnung nicht hinein.

Senator Dr. Fehling (wir geben die Rede nach einem den Sinn getreu enthaltenden angeblichen Stenogramm des Umst. Blattes wieder.)

Die Frage, ob es geboten und zulässig sei, das Streikpostenstehen zu unterlagen, hat den Senat bereits im Jahre 1897 beschäftigt. Die damals geflozene Verathung wurde eingestellt, als der Entwurf eines Reichsgesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses vorgelegt wurde. Sie ist nach Ablehnung dieser Vorlage wieder aufgenommen und hat zum Erlaß der Verordnung vom 21. April d. Js., betreffend das Verbot des Streikpostenstehens, geführt.

Die Verordnung ist vom Senate kraft des ihm verfassungsmäßig zustehenden Polizeiverordnungsrechtes erlassen. Der Senat hat die Ueberzeugung erlangt, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ein Verbot des Streikpostenstehens erforderlich sei. Für diese Ueberzeugung ist das umfassende Material maßgebend gewesen, welches die zahlreichen Gerichtsverhandlungen über die groben und gefährlichen Streikpostenstehungen insbesondere der Jahre 1896 und 1897 darboten.

Es ist im deutschen Reichstage die Behauptung vorkommt worden: daß der über die Libeder Vorgänge von 1897 gegebene amtliche Bericht den Thatfachen nicht entspreche, und daß die Schuld an den Ausschreitungen des Theilischen Streiks den Arbeitgebern zugemessen sei. Diese Behauptung ist unwarh. (1) Sie wird durch das vorliegende Aktenmaterial händig widerlegt. Es ist in diesem Augenblicke und vor der läbedlichen Bürgerschaft wohl nicht notwendig, das Register der einzelnen Kriminalfälle von 1896 und 1897 nochmals aufzurollen. Das Bild ist dieses: Beschäftigungen, Verböhnungen, dann Beleidigungen, Bedrohungen, Thätlichkeiten, Mißhandlungen, endlich schwere Körperverletzungen. Bei weitem die meisten der vorgekommenen und zur Bestrafung gezogenen Ausschreitungen sind von Streikposten begangen oder hängen doch mehr oder weniger eng mit dem Streikpostenstehen zusammen. Die Feststellungen der Gerichte ergeben, daß das Streikpostenstehen sich als eine Quelle von starker Verwilderung und von wachsender Unruhe erwiesen hat. Der Senat hat es unter diesen Umständen für seine Pflicht erachtet, nicht nur die aus dem Postenstehen erwachsenden Ausschreitungen unter Strafe zu stellen, sondern den Versuch zu machen, die Quelle der Gefahren für die Allgemeinheit, die Quelle selbst zu verstopfen. Hätten wir wirklich sollen warten müssen, bis die schlimmen Vorgänge sich erneuerten oder bis es zum Todschlag kam? Weit entfernt waren wir davon nicht. (11)

Ich sage also, m. H., der Senat als die zuständige Behörde, welche unter Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände darüber zu entscheiden hat, welche polizeilichen Verfügungen im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Ordnung erforderlich sind, — der Senat ist bei dieser Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, daß die nachgewiesene Gefährlichkeit des Streikpostenstehens bei uns dessen Verbot fordere.

Die Frage ist: Steht die erlassene Verordnung in Widerspruch mit partikularen, sei es mit reichsgesetzlichen Bestimmungen? Eine Verletzung libedischer Gesetze ist von keiner Seite behauptet; dagegen ist geltend gemacht, daß die Verordnung mit dem Grundsatze des § 152 der Reichsgewerbeordnung nicht vereinbar sei. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich diese Ansicht nach wie vor für eine irrthümliche halte. Gewiß: durch § 152 der Reichsgewerbeordnung ist sogenannte Koalitionsfreiheit der gewerblichen Arbeiter gewährleistet. Daraus ist der Streik reichsgesetzlich für zulässig erklärt. Aber auf der anderen Seite muß doch daran festgehalten werden, daß auch die Streikfreiheit ihre Grenzen finden muß in der Rücksicht auf die allgemeine Sicherheit und Ordnung. Wäre die Streikfreiheit schrankenlos, so wäre zu Gunsten der Streikenden ein die Allgemeinheit benachteiligender Ausnahmezustand sanktionirt; es wäre die Rücksicht auf das Interesse der Streikenden über die Rücksicht auf das allgemeine Wohl gestellt. Daß die Reichsgesetzgebung einen solchen Rechtszustand habe schaffen wollen, darf nicht vermutet werden. Die Ansicht, daß in Folge der Proklamirung des Grundgesetzes der Koalitionsfreiheit alle Handlungen erlaubt seien, welche den Zweck verfolgen, Verabredungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, soweit nur solche Handlungen nicht ausdrücklich in § 153 mit Strafe bedroht sind, diese Ansicht vermag der Senat nicht zu theilen. Es steht nicht in der Reichsgewerbeordnung und ist auch nirgends sonst von der Reichsgesetzgebung verkündet worden, daß in Ansehung des Ausstandes nur die im § 153 aufgeführten Handlungen strafbar seien. Diese Auffassung müßte auch geradezu zu einer Verhinderung der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit verantwortlichen Organe führen. Es erklärlich es Manche finden werden, daß man sich dagegen gestraut hat, das Streikpostenstehen durch Reichsgesetz generell zu verbieten, so begründet erscheint die Annahme, daß es nicht die Absicht der Reichsgesetzgebung gewesen sein kann, den Einzelregierungen ihr Recht und ihre Pflicht, die im Interesse der Sicherheit und Ordnung nach ihrer Ueberzeugung und nach den örtlichen Verhältnissen unabwendbaren polizeilichen Anordnungen zu treffen, unterbinden zu wollen.

Von einer unzulässigen Beschränkung der Lohnkämpfe der gewerblichen Arbeiter kann in Libed nicht die Rede sein. Die Handhabung unserer Polizei ist eine humane. Wir reden keiner Bevormundung, keiner Einengung das Wort. Aber die Ordnung und Sicherheit der Allgemeinheit wollen und dürfen wir nicht preisgeben. In dieser Auffassung ruhet der Senat auf die Unterstützung der Bürgerchaft, die ich dringend bitten möchte, den Papen Antrag von der Schwelle abzuweisen.

Die Anwendung der Verordnung ist Sache der Gerichte. Darüber sage ich nichts. Sollte sich herausstellen, daß der Wortlaut einer Verbesserung bedürftig ist, so wird dieselbe zu finden sein. Bistlang hat der Senat sich nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die vorgebrachten Bemängelungen begründet seien. Nur das eine habe ich nochmals hervorzuheben: daß die Verordnung kraft der allgemeinen Polizeihochheit des Senates erlassen ist und sich durchaus nicht als eine Verfügung auf Grund des § 366, 10 des Reichsstrafgesetzbuchs darstellt, und daß bei der Auslegung des Wortlautes die Ueberwältigung des Verbot des Streikpostenstehens nicht bei Seite gelassen werden darf.

Ich danke, m. H., mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß meine Ausführungen, die ich geflissentlich so knapp als möglich gefaßt habe, als eine Begründung der Verordnung vom 21. April der

Bürgerchaft nicht unannehmbar erscheinen möge. Ist das der Fall, dann werden Sie den Antrag Pape ablehnen. Darum bitte ich Sie."

**Dr. U. D. Rehmer:** Ich spreche dem Herrn Senator meinen aufrichtigen Dank aus. Wir regieren uns in Lübeck selbst, darauf sind wir stolz, wenn jemand aber diese Freiheit dazu verwendet, Andere zu belästigen, dann haben wir das Recht, dagegen vorzugehen. Wir sind alle Arbeiter, einerlei, ob wir mit der Hand oder mit dem Kopfe arbeiten. Wir sind auch alle Freunde der Arbeiter, in dem Sinne, wie das Wort gewöhnlich gebraucht wird. Wir sind auch Freunde des Koalitionsrechtes. Wenn aber Leute geschlagen und verhöhnt werden, dann nenne ich das kein Koalitionsrecht mehr, sondern Mißbrauch des Gesetzes. Die Verordnung ist eine durchaus verfassungsmäßige; man hat sie im Reichstage zwar abfällig beurteilt, aber nicht bewiesen, daß sie mit den Reichsgesetzen in Widerspruch steht. Ich wünsche daher, daß der Senat für recht strenge Handhabung derselben Sorge tragen möge. Die Gerichte mögen vielleicht die Verordnung für ungesetzlich erklären, ich sage aber, mir ist der Schutz Arbeitswilliger vor Ausschreitungen von Streikern mehr werth, als das ganze Koalitionsrecht. Ich bitte um glatte Ablehnung des Antrages Pape und danke dem Senate nochmals für seine Erklärung.

**Pape:** Die stolzen Worte des Vorredners von der Selbstregierung waren wenig angebracht. Wenn sie das wahr wissen wollen, dann müssen Sie auch allen Steuerzahlern das Recht geben, mitzuregieren. Das ist aber nicht der Fall. Heute regieren in Lübeck knapp Viertausend, alle übrigen haben nichts zu sagen! Ich berufe mich nochmals auf die Reichstagsverhandlungen und verweise darauf, daß z. B. der Führer der Nationalliberalen, Abg. Wasser- mann, dem Sie doch durchweg politisch nicht allzu fern stehen, die Verordnung als der Gewerbeordnung zuwiderlaufend und rechts- ungültig verurtheilt hat. Ich zweifle garnicht daran, daß dies auch die Gerichte thun werden. Die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten bei Streiks, ist die Polizei selbstverständlich berechtigt und verpflichtet, sie wird dabei auch die Unterstützung aller Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, finden. Die Verordnung geht aber weiter. Sie macht es den Sozialdemokraten unmöglich, Versamm- lungen abzuhalten. Ich bitte Sie, das Ding zu beseitigen. Ich denke weiter, ich denke auch an die nächsten Reichstags- wahlen. In den nächsten Tagen wird eine 100 Seiten starke Broschüre überall vertheilt werden, die den Fall eingehend be- handelt. Ich stehe der Sozialdemokratie so fern, wie nur Einer, ich sage aber: Durch die Verordnung verwickeln Sie die Sache, indem Sie die Wähler in ihr Geheimnis führen. Sie wollen jeden Streik unmöglich machen. Gewiß, das ergibt der Wortlaut der Verordnung. Wir haben hier nicht die Frage der Berechtigung von Streiks zu prüfen, wollen Sie aber den Grundlag des gleichen Rechts für Alle hochhalten, dann darf den Arbeitern nicht das Postenstehen verboten werden, während die Arbeitgeber ungehindert "schwarze Listen" vertheilen. Heben Sie die willkürliche Verordnung auf!

**Senator Dr. Fehling:** Herr Pape hätte die Verordnung gründlicher prüfen sollen. Es denkt Niemand daran, die Streiks zu beeinträchtigen. Herr Pape hat gar nicht den Versuch gemacht, seinen Antrag selbstständig zu begründen, er beruft sich fortwährend auf die Reichstagsreden. Besser wäre gewesen, er hätte sich ein eigenes Urtheil über die Frage gebildet und uns dieses kund ge- geben. Die Behauptung, daß die Verordnung eine willkürliche sei, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Angesichts solcher Worte muß

ich den Antragsteller wirklich fragen, wessen Geschäfte er denn eigentlich besorgt?

**Pape:** Ich besorge die Geschäfte der bürgerlichen Parteien, die Verordnung fördert dagegen die Geschäfte der Sozialdemokratie. Nachdem gewisse hervorragende Autoritäten aller Parteien geurtheilt, bedurfte es keines besonderen Urtheils mehr von meiner Seite. Ich muß erklären, daß ich den Eindruck habe, daß die treibende Kraft, welche hinter dieser Ver- ordnung steht, dieselbe ist, welche den Geschäftsleuten sagt: "Kaufe Du im Volksboten" annon- cirst, Kaufe ich nicht mehr bei Dir!"

Darauf wurde der Antrag, wie bereits kurz gemeldet, mit allen gegen die Stimme des H. W. Pape ab- gelehnt.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 26. Juli.

**Werftarbeiter aller Branchen, gelernte und ungelernete, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Truß den übermüthigen Scharf- machern!**

**Achtung, Bauhandwerker und Bauarbeiter aller Branchen!** Auf die heute Abend in den "Centralhallen" statt- findende öffentliche Versammlung sei an dieser Stelle noch beson- ders hingewiesen. Die wichtige Tagesordnung "Bauarbeiter- schutz" muß Jedem veranlassen, zu erscheinen.

**Achtung, Klempner!** In Rostock ist Streit aus- gebrochen, Bezug ist streng fernzuhalten.

Die Dachdecker-Gesellen Hamburgs sind in eine Lohnbewegung (9 1/2 stündige Arbeitszeit, 60 Pfg. Lohn u. s. w.) eingetreten und bitten, den Bezug streng fern zu halten. Anfragen sind zu richten an die Lohnkommission der Dachdecker, Hamburg, Große Rosen- straße 37.

Einen Orden haben der Polizeihauptmann und der Hafenmeister bekommen.

Unfreiwillige Ferien hat für acht Tage der frühere Rutscher H. des Braubierbrauereibesizers Flemming, Engelsgrube, angetreten. Er verdankt diese Freiheits- strafe, die er nach unserer festen Ueberzeugung völlig un- schuldig verhißt, dem Umstande, daß sein Arbeit- geber eine im Privatgespräch gefallene Aeußerung sofort weiter trug. Der angeblich von ihm Beleidigte fährt jetzt bei Weiermiller. Es muß für ihn doch ein beson- ders erhebendes Gefühl sein, seinem wegen einen Familien- vater hinter Schloß und Riegel sitzend zu wissen!

Eine Kritik der Verhandlungen über das Streikposten- verbot, über welche wir an anderer Stelle ausführlichen Bericht erstatten, können wir in Rücksicht auf den Raum erst in der morgigen Nummer zum Abdruck bringen. Das "Hamb. Echo" bemerkt zu der telegraphischen Meldung

über die Ablehnung des Antrages Pape, die Bürgerchaft habe sich als reaktionär gestempelt, und fügt hinzu: "Du alter Hanseatengeist, wohin bist Du ent- schwunden? Die königlichen Sachen werden beschäm- sein, weil ihnen die hanseatischen "Vorgerets" noch über- sind."

Streikbrecher sucht die Harburger "Baubütte." Vorkaufe für Soldatenbriefe und Pakete nach Kiautschou. Auf eine diesbezügliche Anzeige theilt das Reichsmarineamt mit, daß Briefe für diese Besatzung durch das Reichsmarineamt in Berlin nach Tsingtau zu- richten sind. Das Porto für einen Brief bis zum Ge- wichte von 60 Gramm beträgt 10 Pf. Für Postpakete nach Tsingtau beträgt das Porto (über Bremen oder Ham- burg direkt zur See) bis 1 Kilogramm 1,60 Mk., über 1 bis 5 Kilogramm 2,40 Mk.

Rostock. Ein Postpreßprozeß. Gegen den Ver- leger Dietrich von der "Meckl. Volksztg." und die Kolporteurs Passow-Schwaan, Briskoff-Wismar und Bauer und Schirpig-Güstrow war be- kanntlich Klage erhoben worden, weil nach Ansicht der hiesigen Staatsanwaltschaft sie das Preß- gesetz dadurch überschritten hätten, daß der Verleger mit den Kolporteurs in geschäftlicher Verbindung stand, die Kolporteurs sich Abonnenten suchten, beim Verlag auf ihre Person und ihr Risiko so viel Exemplare bestellten, wie sie absetzen konnten, zu einem Preise, wie sie den- selben mit dem Verleger vereinbart hatten. Darin ward Porto hinterziehung erblickt und sollten die ver- meintlichen Sünder die niedliche Strafsomme von 2632,96 Mark an die Reichspost zahlen. Das Urtheil lautete je- doch auf Freisprechung.

Oderberg. Schon wieder werden Klagen laut, daß die Kranken, welche in dem bekannten Institut zu An- dreasberg a. Harz untergebracht sind, nicht genügend und nicht sorgfältig gepflegt werden. Wir registriren dies, ohne der Hoffnung zu sein, daß jemals eine Aenderung eintreten werde.

## Briefkasten.

H. C. Freitag 9 Uhr.

## Sternschanz-Viechmarkt.

Hamburg, 25. Juli

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 510 Stück. Preise: Sengschweine — Mk., Verbandschweine, 1000 : 48—50 Mk., leichte 50—52 1/2 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 48—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Mittwoch Morgen 8 Uhr starb nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann und meiner beiden Kinder liebevoller Vater

## Ernst Riemer

im 42. Lebensjahre.

Liebetrauert von mir und allen Verwandten.

Anna Riemer, geb. Horn.

Die Beerdigung findet am Samstag, Vor- mittags 11 Uhr, von der Kirchhofkapelle aus statt. Beginn der Feier 10 1/2 Uhr.

## Deutscher

## Metallarbeiterverband

(Zustelle Lübeck.)

## Nachruf.

Am Mittwoch den 25. Juli starb nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der

## Sehlschmied Ernst Riemer.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Samstag den 28. Vormittags 10 1/2 Uhr, von der Kirchhofkapelle aus statt.

Berammlung der Mitglieder 9 1/2 Uhr im Ver- einshaus.

Um zahlreiche Theilnahme ersucht

Die Ortsverwaltung.

## Logis für einen jungen Mann

Klosterstraße 1.

## Sofort freundl. Logis zu vermieten

Ernststraße 6a, St.

## Logis für einen jungen Mann

Schmiedstraße 25 2. St.

## Lüchtige Klempner

werden verlangt.

## Wilh. Sparkuhl & Co.

Blechballagen-Fabrik.

Bejagt zum 1. August ein Mädchen zu häuslichen Arbeiten. Näh. in der Exped. d. Bl.

Zum 1. August ein junger Hausknecht

A. Heise, Untertrave 4-5.

Ein gutes Fahrrad billig zu verk.

H. Haack, Poststraße 19a.

Verloren ein Schlüssel mit Radel

(Erbschlüssel) von Karpenstraße nach den Vorwerks- wiesen. Abzug gegen gute Bel. Karpenstr. 10, p.

# Brauerei Paulshöhe

vom A. Spitta

## zu Ostorf bei Schwerin i. M.

empfehlen ihre

aus feinstem Hopfen und Malz gebrannten Lager- und Pilsener Biere.

Gef. Aufträge wolle man richten an unseren Vertreter:

Herrn Martin Müller, Lübeck.

Glasbierabzug: August Vietig, Lübeck, Fischergarbe 45.

J. W. Möller, Lübeck, Steinraderweg.

# „Das Arbeiterrecht“

von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags.

Dem Werke direct angeschlossen ist der

## Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.

Mit vielen Beispielen und Formularen

für Klagen, Anträge und Beschwerden u. s. w.

Die Gesetze der letzten Jahre, insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch, die Gewerbeordnungsnovellen, das Handwerkergesetz, das Gesetz über den unlauteren Wett- bewerb, das neue Gesetz über Invalidenversicherung, rufen für die Zeit vom 1. Januar ab eine erhebliche Umgestaltung der rechtlichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeit hervor. Eine systematische Darstellung der vom 1. Januar ab gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich. War schon nach bisherigem Rechte eine solche Darstellung für die erwerbsthätige Bevölkerung eine Nothwendigkeit, für welche das völlige Bergreifen der beiden Auflagen des „Arbeiterrechtes“ von Stadt- hagen ein herabes Zeugnis ablegte, so wird solches Bedürfnis jetzt um so stärker her- vortreten, als selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was Rechtens ist.

Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pfennig erscheinen. Bestellungen nimmt unsere Buchhandlung und deren Colporteurs entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Das „Arbeiterrecht“ macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich.

Das „Arbeiterrecht“ enthält Alles, was für den Arbeiter nothwendig ist zu wissen.

Zu beziehen durch die

## Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

## Arbeitschuhe

feste Handarbeit, aus gutem Material hergestellt, von Mk. 3.75 an.

Marlsgrube 38.

## Elegante Herren-Anzüge

tadellos gefertigt, werden, so lange der Vorrath reicht, zum wirklichen Spottpreis abgegeben.

Marlsgrube 38.

## Frau Hüsmert, Fischergar. 84

Guter kräftiger Mittagstisch

von 11—2 Uhr.

Abonnementskarte 3 Mk.

## Flohmen - Heringe

3 Stück 10 Pfg.

## Sommerfang-Heringe

Rogen und Milchener

große Fische, 2 Stück 15 Pfg.

## Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Großer Posten

## alter Silfiter Fettkäse

muß schnell und billigst verkauft werden.

Koop, Glockengießerstraße 31.

## Leere Farbetonnen

hat abzugeben

Friedr. Meyer & Co.

## Achtung! Pastidierearbeiter!

## Sitzung des Fest-Comitees

heute Donnerstag Abend 8 1/2 Uhr

bei F. Lecke, Lederstraße 3.

## Achtung! Pastidierearbeiter!

## Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 27. Juli.

Tagesordnung wird in der Versammlung be- kannt gemacht.

## Eine indische Frauenrechtlerin.

Aus Indien kommen schlimme Nachrichten. Millionen Menschen hungern, Duzende von Millionen leiden schweren Mangel.

Diese furchtbare Noth hat theils in der Ausbeutung des Volkes durch Spekulanten ihren Grund, theils in beherrschender Mißwirtschaft; einen großen Antheil daran haben aber das veraltete Kastensystem und die unsinnigen Vorschriften einer veralteten Sitte und Religion.

In erschreckender Weise ist die Noth besonders an den Frauen zu spüren, die in Indien in ganz entwürdigender Stellung sich befinden; sie ist begründet in den unheilvollen Kinderheirathen, der Vielweiberei, der gefängnißartigen Abschließung, der geistigen Vernachlässigung und darum der Unwissenheit, welche sämmtlich eine unverständliche Sitte vorschreibt.

Das Loos solcher Frauen aber, die schon im Kindesalter verheirathet wurden und das Unglück hatten, frühzeitig Wittwe zu werden, ist geradezu entsetzlich. Ihr Wittwenstand wird als eine Strafe für frühere Verbrechen angesehen, die junge Wittwe wird für den Tod ihres Gatten verantwortlich gemacht und sie wird schlimmer wie eine Sklavin behandelt. Weder darf sie Schmuck noch bunte Gewänder tragen; das Haupt wird ihr glatt rasirt, selbst von ihren Geschwistern wird sie geschmäht und mißhandelt. Nach dem neuen englischen Gesetz ist der Wittve zwar gestattet, sich wieder zu verheirathen, Niemand aber nimmt sie, da in Indien die Vorurtheile gegen Wittwen zu tief eingewurzelt sind. Infolge ihrer vernachlässigten Erziehung ist die Wittve aber auch nicht im Stande, selber für ihren Erwerb zu sorgen, und so ist sie verurtheilt, immer im Hause ihrer Verwandten zu bleiben und Hunger und Schläge zu erdulden, wenn sie es nicht vorzieht, freiwillig den Tod zu suchen. Gegen 21 Millionen indischer Wittwen befinden sich in diesem Elend, von denen sehr viele noch nicht einmal das neunte Lebensjahr erreicht haben! Wenn aber eine Hungersnoth in das Land einbricht, dann haben diese armen Geschöpfe zu allererst zu leiden; sie sind es, die gegenwärtig das Hauptkontingent der Verhungerten stellen.

Gegen diese Mißwirtschaft ist nun eine indische Frau selber in den Kampf eingetreten als eine Vorkämpferin der indischen Frauenbewegung; es ist das die Pandita d. h. Gelehrte Kamabai. Sie hat zündende Aufrufe von Puna aus erlassen, wo sie lebt und einem Wittwenheim vorsteht, sie reist in den Provinzen umher, macht Vorstellungen bei den britischen Behörden; ihren Bemühungen ist es zu danken, daß schon manche Noth gelindert, manches Menschenleben erhalten wurde.

Kamabai wurde im Jahre 1858 geboren. Ihr Vater war ein indischer Gelehrter von großem Rufe, aber so gastfreundlich, daß er bald sein Heim verkaufen und mit Frau und Kindern im Lande herumziehen mußte, lehrend und belehrend, ein unruhiges Pilgerleben führend. Sieben Jahre lang dauerten diese Wanderungen; doch wurde Kamabai's Unterricht dabei nicht vernachlässigt, sondern auf's Eifrigste wurden ihre sich immer herrlicher entfaltenden Gaben ausgebildet, und bald war sie ein „Wunder von Gelehrsamkeit“ und wurde umso mehr angestaut, als sie, entgegen den Sitten und Gebräuchen ihrer Kaste, bis zum sechszehnten Lebensjahre unvermählt blieb.

Zu jener Zeit traf sie ein harter Schlag. Ihre Eltern starben rasch nacheinander, und Kamabai stand nun mit ihrem Bruder allein da und völlig mittellos.

Unter Mühsalen und Entbehrungen setzte sie mit ihrem Bruder die Wanderungen durch Indien fort, oft im Walde nächtigend, von Hunger gepeinigt und dann von Wurzeln und Früchten sich nährend; aber niemals vergaßen beide ihr ernstes Streben und vervollkommneten sich ständig weiter nach dem edlen Vorbilde ihrer Eltern. In Kalkutta, wo-

hin sie auch kamen, erregte die junge, gelehrte Indierin das höchste Aufsehen und damals erhielt sie den Beinamen „Pandita.“

Einen neuen Schmerz erlebte Kamabai. Ihr innig geliebter Bruder, ihre einzige Stütze starb, sie stand nun ganz allein da. Nun erst reichte sie einem jungen Gelehrten die Hand, mit dem sie 19 Monate in glücklicher Ehe lebte, der ein Töchterchen entsproß; dann kam wieder der grausame Tod und entriß ihr den Gatten.

Der herbe Schmerz, welchen Kamabai da empfand, brachte sie dem Christenthume näher, und als sie nun selber Gelegenheit hatte, das ganze Elend einer indischen Wittve kennen zu lernen, gelobte sie sich, daß es besser mit den Frauen Indiens werden sollte. Sie widmete sich von da ab ganz dem Kampfe um die Besserstellung der indischen Frau, reiste im Lande umher, hielt Vorlesungen über die indische Frauenfrage und führte in ergreifender Weise die traurigen Schicksale indischer Wittwen vor; dann gründete sie in Puna einen Verein, welcher es sich zur Aufgabe machte, die Bildung unter den Hindufräuen zu fördern und den Kinderheirathen entgegenzutreten.

In vielen Städten wurden Zweigvereine gegründet, die Regierung aber hat Kamabai inständig, den Frauen das Studium der Medizin zu ermöglichen, da dem männlichen Arzte das Betreten des Frauengemaches untersagt ist. Ihrer Anregung ist es wohl zuzuschreiben, daß ein Verein zur Ausbildung weiblicher Ärzte für die indischen Frauen entstand, der heute segensvoll wirkt.

Ihre Bestrebungen führten Kamabai 1883 nach England, wo sie auch mit ihrer Tochter zum Christenthum übertrat; im Februar 1886 schiffte sie sich nach Philadelphia ein. In Amerika interessirte sie sich besonders für die großartigen Einrichtungen zu Gunsten der amerikanischen Frauenwelt; vor allem sah sie in den Kindergärten einen Plan verwirklicht, der ihr schon lange als Ideal vorgeschwebt hatte, und sie glaubte, daß sie vorbildlich werden könnten für die Erziehung der kleinen indischen Kinder, deshalb ließ sie sich in Philadelphia in eine Schule zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen aufnehmen, übersehte Bücher, die Anleitung zu den Fröbel'schen Spielen und Handarbeiten gaben und sie verfaßte selber Schulbücher für Hindumädchen.

Im Jahre 1887 kehrte Kamabai nach Indien zurück, und die Frucht ihrer Reisen war, daß sie in Bombay ihr erstes Asyl für die jungen indischen Wittwen gründete. Später verlegte sie es aus ökonomischen Rücksichten nach Puna.

Dieses Wittwenheim in Puna liegt zehn Minuten vom Bahnhofe entfernt und bildet ein großes, schönes Anwesen, wo sich gewöhnlich 40—60 Mädchen im Alter von 6—20 Jahren befinden. Diese jungen Mädchen fühlen sich sehr glücklich in ihrem neuen Heim; sie sehen frisch, gesund und fröhlich aus, obwohl die meisten unter ihnen eine trübe Vergangenheit hinter sich haben. Im Heim sucht nun Kamabai die jungen Mädchen für das Leben geschickt zu machen, daß sie sich weiter helfen können entweder als Lehrerin oder als Hebamme, oder in sonst einer der Frau angemessenen Stellung.

Kamabai ist noch immer rüstig und schaffensfreudig, eine kleine, behende Frau, die fließend englisch und mehrere indische Sprachen spricht, wie das Kanarische, Mahratti, Hindustani, Tamil, Telugu und Gutscherrati.

Sie ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß auch die eingeborene Bevölkerung in Indien die Ursachen ihrer Noth zu erkennen beginnt; vielleicht machen die Indier aus ihrem Dahindämmern auf und schaffen sich selber Zustände, welche allen Menschen in Indien das Leben wenigstens sichern, denn für fremde Hilfe ist der Jammer zu groß.

(„Volkszeitung“.)

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die streikenden Maurer und Zimmerer in Hannover beschloßen,

den Generalstreik aufzuheben und in den partiellen Streik einzutreten. — Der Tischlerstreik in Frankfurt a. M. dauert, wie die Streikleitung bekannt gibt, fort. Der Zug ist nach wie vor streng fernzuhalten. — Die Aussperrung der Leipziger Steinflechter dauert fort. Zu unterstützen sind noch 66 Mann. — Der Erdarbeiterausstand in Havre ist nach zweimonatlicher Dauer beendet. Die von den Ausständigen und den Arbeitgebern gewählten beiden Schiedsrichter, der Arbeitsminister Daubin und der Bürgermeister Marais, haben den Mindeststundenlohn für Grundarbeiter auf 43, für Mohrleger auf 53 Centimes festgesetzt.

**Die Achatsteilnehmer** in dem Obersteingebirge stehen vor der Nothwendigkeit der Betriebs-einstellung, weil durch den südafrikanischen Krieg die Preise der Rohdiamanten gewaltig gestiegen sind. Den Fabrikanten ist es nicht möglich, Schleifwaare zu annehmbaren Preisen zu erstehen. Ein Geschäft hat bereits die Arbeiter entlassen, und wenn sich die Dinge nicht ändern, ist die allgemeine Einstellung aller Betriebe zu erwarten. Ähnliches wird aus Hanau, Amsterdamm und Antwerpen gemeldet.

**Der Verein der Brauereien Berlins** und der Umgegend (Voritz, Hapoldt, Koesicke, Spielhagen) hat auf Grund einer Verhandlung des Vorstandes mit der Lohnkommission der Hilfsarbeiter beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, in den Betrieben folgende Arbeitsbedingungen einzuführen: Es sind als Minimalwochenlöhne zu zahlen: 1. Flaschenpflücker im ersten Jahr 19 Mk., im zweiten 20 Mk., späterhin 21 Mk., und zwar bei zehnstündiger täglicher bzw. sechszehnstündiger wöchentlicher Arbeitszeit. 2. An Reserverufnehmer im ersten Jahr 21 Mk., späterhin 22 Mk., an Fassbierfahrer 20 Mk. bzw. 21 Mk., an Flaschenbiermitfahrer unter 20 Jahren 18 Mk., an ältere 19 bis 20 Mk. Sämmtliche Löhne gelten einschließlich der Provision. Höhere als vorstehende Löhne bleiben bestehen. 3) Für Sonntags- und Ueberarbeit werden an die im Betriebe thätigen Arbeiter — nicht Fahrpersonal — zehn Prozent Lohnzuschlag gezahlt. 4) Sonntagsarbeit wird möglichst vermieden, jedenfalls aber auf die gefestigte beschränkt. 5) Bei den Nachmittags- und Heizern wird die achtzehnstündige Wechselschicht beseitigt. 6) Bei Entlassungen wegen Betriebs-einschränkung wird in der Regel nach der Anciennität verfahren. Diese Entschließung des sogenannten Brauereivereines wurde der Arbeitnehmerorganisation schriftlich mitgetheilt und daraufhin auch von einer am Sonntag stattgehabten Generalversammlung der Arbeiter acceptirt.

**Zum internationalen Arbeiterkongress in Paris** giebt der Parteivorstand Folgendes bekannt: Auf Anregung und Vermittelung des Parteivorstandes hat sich der „Deutsche Sozialdemokratische Club in Paris“ in entgegenkommendster Weise bereit erklärt, für die deutschen Delegirten Quartiere in angemessener Preislage zu besorgen, wie auch ein Empfangskomitee zu bilden, dessen Mitglieder am 22. und 23. September bei allen auf dem Ost- und Nordbahnhof einlaufenden Zügen anwesend sein werden, um die eintreffenden Delegirten in ihre Quartiere zu geleiten. Das Erkennungszeichen der Komittemitglieder wird später bekannt gegeben. Um den Mitgliedern des „Deutschen Sozialdemokratischen Clubs“ die übernommenen Arbeiten zu erleichtern, richten wir an die gewählten Delegirten die dringende Bitte, die Anzeige ihrer erfolgten Wahl unter genauer Angabe der Adresse ihres Wohnorts an das Parteibureau, Adresse: S. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstraße 30, bis spätestens den 31. August gelangen zu lassen. Später einlaufende Meldungen können Berücksichtigung nicht finden. Nur die im Parteibureau rechtzeitig einlaufenden Anmeldungen können bei der Quartierbeschaffung berücksichtigt werden. Die sich anmeldenden erhalten vom Parteibureau als Quittung der erfolgten Anzeige die Adresskarte des „Deutschen Sozialdemokratischen Clubs in Paris“ zugesandt. Das Vereinslokal des „Deutschen Sozialdemo-

## Junpfland.

Roman von Dora Duncker.

(62. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Oder hätten Sie eine andere Idee? Wollt Sie sie kommen lassen?“ fragte Max weiter.

„Da Anna meint, das Geld nicht geben zu können“, sagte die Rätthin zögernd und mit einem mißbilligenden Ton, „wird die arme Frau ja wohl noch aushalten müssen.“

„Und es wird schon das Beste sein“, warf Max lebhaft ein. „Sie kann ja auch schließlich gar nicht ernsthaft daran denken, den kranken Mann verlassen zu wollen; man läuft doch auch nicht gleich so mir nichts, dir nichts, bloß weil es Einem eben nicht mehr paßt, aus der Ehe heraus.“

Es war ihm nur so entfahren. Als er nun sah, wie peinlich Anna von dieser Bemerkung berührt wurde, erhob er sich, trat hinter die Schwester und umschlang sie einen Augenblick lang sanft, als wollte er sagen: „Verzeih mir, es war nicht auf Dich gemünzt, ich wollte Dir nicht wehe thun.“

Dann wurde das Gespräch nicht wieder aufgenommen. Max hatte keine Zeit, seinen Besuch noch lange auszudehnen. Er hatte noch Abends spät ein Repetitor ange-seht.

Annas Anerbieten, ihn ein Stück Weges zurückzubegleiten, nahm Max mit Freuden an. Es war kaum sieben Uhr. Selbst wenn Anna noch eine ganze Stunde ausblieb, kam sie jetzt während der langen Maitage noch bequem vor dem Dunkelwerden wieder nach Haus. Arm in Arm schritten sie, die sandige Straße meidend, auf dem schmalen Wiesenpfad hinter den Brombeer- und den Haselstrauchern entlang.

Max war ordentlich stolz auf die Schwester, die in den

letzten Jahren der Ruhe in Segenhaus wieder zu vollster Schönheit erblüht war.

Freilich lagen Schatten auf ihrer Schönheit.

Die schwere Last, an der sie trug, war nicht spurlos an ihr vorübergegangen, aber die Schatten waren sanft und weich, sie verdunkelten die Schönheit nicht, sie hoben sie vielmehr und verliehen ihr ein eigenartiges Gepräge, bereiteten eine edle, weisewolle Milde über die ganze Gestalt.

Max sah ihr verliebt in die Augen.

Dann sagte er lächelnd:

„Die Frau Eva da drüben mag sich höllisch anstrengen, bis sie's Dir gleich thut, Schwesterchen!“

„Die Frau Eva? — Wer ist denn das? Schon wieder eine neue Flamme, Maxi?“ gab Anna scherzend wieder zurück.

Max erzählte von seiner Entdeckung an der rothen Backsteinvilla und erging sich in einer breiten Fülle von Phantasieereien über die muthmaßliche Herrin des zierlichen Hauses.

Anna hörte ihm belustigt zu. Max' jugendlicher Enthusiasmus, seine frische, warme Einbildungskraft waren ihr unendlich sympathisch. Jedesmal, wenn sie ihn sah, freute sie sich auf's Neue seiner glücklichen, harmonischen Entwicklung.

Nun waren sie bis an die vielbesprochene Villa gekommen. Rings umher war Alles menschenleer. Selbst die Gärtner, die bei Max' Kommen vorn vor der Villa mit der Anlage üppiger Wasserpflanzen um ein Bassin beschäftigt gewesen, hatten ihre Arbeit eingestellt.

Max zog Anna über den Weg herüber.

Sie sollte selbst das Schild mit ihm betrachten, das seiner Einbildungskraft so viel Nahrung gegeben hatte.

„Villa Eva“, wiederholte sie. — „Ein hübscher Name für die Herrin eines Paradieses.“

Dann schritten die Geschwister wieder über die Straße

zurück und auf dem Wiesenweg weiter nach Charlottenburg zu.

Vor der kleinen Holzbrücke, die über das schmale, grabenartige Gewässer führte, hielt Max inne. „Nun wird es Zeit, Anchen, daß Du umkehrst. Schönen Dank für Deine Begleitung, und die Mutter soll sich wegen Grete nicht so viel Sorgen machen. Wer weiß, während wir hier den Kopf über ihr Schicksal hängen lassen, amüßirt sie sich drüben königlich und würde uns höchstens auslachen, wenn sie um unsere mitleidige Theilnahme wüßte. Sie ist nun einmal so. Ich habe sie leider in den letzten Jahren von dieser Seite kennen gelernt.“

Anna erwiderte nichts.

Sie hätte Max' Bemerkung höchstens noch verschärfen können, und das wollte sie nicht.

„Wann kommst Du wieder, Maxi?“

„Schwerlich vor Sonntag, aber dann bestimmt.“

„Vielleicht findest Du dann den Justizrath. Er wollte uns seine Tochter vorstellen, die seit Kurzem aus der Pension zurück ist.“

„Desto besser.“

„Aber da nichts in den Kopf setzen, Brüderchen. Ja nicht! Fräulein Hilbe Fall ist so gut wie verlobt.“

„Das ist das Allerbeste; dann kann man doch wenigstens reden, wie Einem der Schnabel gewachsen ist, ohne daß es Einem gleich falsch gedeutet wird. — Wer ist denn der Glückliche?“

„Ein Artillerieoffizier. Augenblicklich nach Spandau kommandirt. Aber der Herr Justizrath will noch nicht recht etwas davon wissen, die Kleine jetzt schon wieder herzugeben.“

„Die Liebesleutchen werden nicht zu viel danach fragen.“

„Glaub's auch. Aber nun wirklich, adieu, Maxi.“

„Adieu, Anchen.“

Anna zog die Uhr aus dem dunkelgrünen Seidengürtel,

kratischen Vereines" befindet sich je eine Viertelstunde von dem Ost- und Nordbahnhof entfernt. Nach dem Vereins- lokal wollen sich diejenigen Delegierten begeben, die bei ihrer Ankunft in Paris die Mitglieder des Empfangscommittees auf dem Bahnhof verfehlen sollten.

**Sechste Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Hafenarbeiter in Hamburg.** Der Vorsitzende Joh. Döring-Hamburg eröffnete Sonntag die General-Versammlung mit einer Begrüßung der Delegierten. Die Berlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 37 Delegierten, die 46 Mitgliedschaften vertreten. Vertreten sind die Orte: Hamburg, Bremen, Lübeck, Harburg, Rostock, Stettin, Kiel, Flensburg, Bremerhaven, Lelje, Altona, Magdeburg, Schönebeck, Mainz, Duisburg, Ludwigshafen, Mannheim, Breslau und Wismar. Der Jahresbericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Döring gab einige Erläuterungen dazu. Der Verband ist seit seiner letzten Generalversammlung im Jahre 1898 sehr erheblich gewachsen. Es sind in den letzten beiden Jahren 102 Mitglieder verstorben. Ihr Andenken wird auf die übliche Weise geehrt. Es haben sich seit 1898 21 neue Mitgliedschaften gebildet. Drei Lokalorganisationen sind in den Verband übergetreten. Für die neugebildete Mitgliedschaft „Flußschiffer“ sind 15 Zahlstellen im Flußgebiet der Elbe, Weichsel, Oder und der Saale gegründet worden, weil die Flußschiffer ja stets unterwegs sind. Diese Mitgliedschaft hat es in der kurzen Zeit ihres Bestehens auf nahezu 1400 Mitglieder gebracht. Der Verband besteht jetzt aus 54 Mitgliedschaften mit 12 578 Mitgliedern gegen 33 Mitgliedschaften mit 7773 Mitgliedern im Jahre 1898. Leider sind, führt der Jahresbericht aus, in den Berichtsjahren auch 3700 alter Mitglieder verloren gegangen, die durch den Eintritt neuer Mitglieder freilich mehr als ersetzt sind, deren Verlust aber zu ernstem Nachdenken Anlaß giebt. Diese Fluktuation, unter der der Verband stets zu leiden gehabt habe, fordere gebieterisch Einrichtungen, die geeignet seien, den Verband als etwas lebenswerthes erscheinen zu lassen, das man nicht so schnell achtlos bei Seite werfe. Streiks sind in den Berichtsjahren von Bedeutung nur zwei gewesen: der der Binnenflößer im Mai 1899 und ein Streik in Magdeburg im Februar und März 1899. Ferner haben verschiedene kleinere Streikbewegungen stattgefunden. Mit Ausnahme von zwei Streiks, in Altona und in Hamburg (Hamburg-Amerika-Linie), verliefen sämtliche Streiks zu Gunsten der Arbeiter. Der Jahresbericht rügt, daß in den beiden verloren gegangenen Streiks von den Arbeitern nicht mit der nötigen Ueberlegung vorgegangen ist. Bei ruhiger Beurteilung der Verhältnisse hätten sich diese beiden Streiks wohl vermeiden lassen. Es sind insgesamt in den Berichtsjahren 13 350,11 Mark für Streiks im Hafenarbeiterberufe ausgegeben, 4950 Mark für Streiks in anderen Berufen, also zusammen 18 300,11 Mark. Trotzdem der Kassenbestand des Verbandes ganz erheblich gestiegen ist, nämlich von 11 509,09 Mk. (1898) auf 40 733,05 Mk. (1900), genügt die Mittel des Verbandes nicht, um in größere Bewegungen zwecks Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Es müssen deshalb auch die Hilfsquellen des Verbandes ausgebaut werden. Aus dem ebenfalls gedruckt vorliegenden Kassenbericht ist hervorzuheben, daß 91 722,72 Mk. an Einnahmen, Ausgaben von 50 989,67 Mk. gegenüber stehen. Von den Ausgaben fallen nur 7 332,61 Mk. auf Verwaltungskosten. Für Agitation sind verausgabt 2900 Mk., an Sterbegeld 5300 Mk., für Rechtschutz 2226,11 Mk. An die Generalkommission sind 2092,84 Mk. abgeführt. Der Kassenbericht schließt, daß der bisherige Beitrag von 0,60 Mk. pro Monat zu gering sei und notwendig erhöht werden müsse, wolle anders der Verband seinen Zweck erfüllen. An der Fassung des Jahresberichtes wurde von einer Reihe Delegierten verschiedenes moniert, so besonders, daß der Fall des ungetreuen Verbandsbeamten Stehn nicht erwähnt sei. Döring erwiderte, der Fall sei genügend in der Presse erörtert, man solle deshalb Stehn seine Strafe verbüßen und den Fall ruhen lassen. Auf Antrag Meyer-Bremen wurde dem Zentralvorstand einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag der Altonaer Speicherarbeiter, ihnen die Rückzahlung eines Darlehens von 50 Mk. zu erlassen, wurde einstimmig abgelehnt. Döring berichtete sodann über den Punkt Agitation, indem er ein anschauliches Bild davon entwarf, wie und wo für den Verband agitiert sei. Er beklagte sich darüber, daß der Vorstand von sehr vielen Orten keine Antwort erhalten habe, an die er sich gewandt habe, um Verbindungen anzuknüpfen und Mitgliedschaften neu zu begründen. Aus diesem Grunde habe z. B. eine schon lange geplante

Tour durch das Rheingebiet unterbleiben müssen. Die Verhandlungen wurden sodann auf Montag vertagt. Der in seinem 25. Jahrgang (Jubiläum-Ausgabe) vorliegende **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1901** (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer u. Co.) enthält u. A.: Kalendarium. — Postwesen. — Natürliche Schmelze. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Auf der Wanderschaft. — Erzählung von Robert Schweichel (mit Illustrationen). — Die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts. Von U. Bebel. — Leute im Moor. Gedicht von Franz Diederich. — Zwei Agitatoren. Erzählung von Emil Rosenow (mit Illustrationen). — Aus meiner Schulmeisterzeit. Von Wilhelm Liebknecht. — Buren und Engländer in Südafrika. Von Max Schuppel (mit Illustrationen). — Jahrhundertwende. Gedicht von E. Preygang. — Zahlen und Ziffern. Von Dr. W. Borchardt. — Unsere Kalender. Von I. A. (mit Illustration). — Das Schiffshebewerk bei Heinrichsburg. Von A. G. (mit Illustrationen). — Sonne. Gedicht von Ludwig Lessen. — „Heiserum“ und „Heiserumbhandlung“. Von Dr. Curt Freudenberg. — Karl Dertel (mit Porträt). — Zwei Gewerkschaftskämpfe. Von Hugo Kochsch. — Das Kreuz am Teich. Gedicht vom Schelm von Bremen. — Fliegende Blätter. — Die dummen Männer. Schwanke von Berge Janssen. — Für unsere Räthselräser. — Trächtigkeit und Bräutkalender. — Hierzu vier Kupfer: Mädchen am Brunnen. — Eine Gemeinderathssitzung auf dem Lande. — Wintertag auf der Landstraße. — Im Nachbars Garten. — Ein Dreifarbenbrud auf Hausdruckpapier: Mittagstafel. — Ein Wandkalender.

### Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Auf welche unsinnige Vornamen manche Eltern kommen, wenn ihre Sprößlinge gekauft werden sollen, ist bekannt. Den Rekord dürfte sicherlich ein Hamburger aufgestellt haben, der seine Tochter „Standinavine, Germania, Borussia“ nannte! Uff! — Brandstiftungen durch Kinder werden in unheimlicher Menge verurteilt. Nach einer von der Ostpreussischen landwirtschaftlichen Feuerzsjekität aufgestellten Statistik sind in deren Bezirk im Laufe der letzten fünf Jahre allein 206 durch Kinder veranlaßte Brandstiftungen vorgekommen, durch welche 585 Gebäude eingestürzt. — In Demmin erstach Sonnabend beim Frühlingsfesten ein Buchbinderlehrling in der Werkstatt nach kurzem Wortwechsel den Gehilfen mit einem langen Papierschneidemeßer. — Im Dorfe Unterhöblingen bei Simenau brannten am 22. Juli 20 Gebäude nieder. — Die Leiche eines Soldaten vom 68. Infanterie-Regiments wurde, nach der „Frank. Ztg.“, am Montag im Rhein bei Koblenz gelandet. Die Leiche zeigte mehrere Stiche im Kopf. Als vermuthlicher Thäter wurde, nach der „Frank. Ztg.“, ein Gefreiter desselben Regiments verhaftet. — Eine Typhus-Epidemie herrscht in Duisburg. In der vorigen Woche gelangten allein 69 Erkrankungen und 10 Todesfälle an Typhus zur polizeilichen Anzeige. — In Deggendorf (Bayern) wurde ein Volksschullehrer, der sich im Schulzimmer längere Zeit hindurch mit einer Anzahl Knaben vergangen hat, zu 1 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt. — In einem Orte Oberbayerns reichte kürzlich der Todtenräuber sein Entlassungsgesuch mit der klassischen Begründung ein: „Wenn kein Mensch stirbt, so kann der Mensch nüt leben.“ Ob dem Ansuchen stattgegeben wird, darüber soll die nächste Gemeindeversammlung beschließen. — In der Nähe von Rizza wurde dieser Tage ein Soldat, der Schilbwache stand, während eines Gewitters vom Blitze erschlagen. Der Unglücksfall passirte auf dem Col de Soda in den Seealpen. Der Blitz war jedenfalls durch das aufgeschlagene Seitengewehr des Soldaten angezogen worden. Als die Kameraden des lehteren aus dem Wachtlokal herbeieilten, fanden sie ihn ohnmächtig und an den Füßen verbrannt vor.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Kaiserbeleidigung hatte sich vor der Benthener Strafkammer der Arbeiter Peter Niedzalla aus Piasnitz zu verantworten. Die Verhandlung endete mit Verurtheilung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängniß. Von der Brieger Ferienstrafkammer wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Arbeiter Johann Zapfmann aus Dresden verhandelt. Der Angeklagte war beschuldigt, am 22. Juni zu Ohlau im Bahngelände Majestätsbeleidigung verübt und einen Bahnsteigschaffner öffentlich beleidigt zu haben. Er wurde zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt.

**Recht naive Leute** giebt es unter den Malergehilfen in Erfurt. Dort sind kürzlich einige Malergehilfen wegen Streikposten stehen verurtheilt worden. Da nun in der damaligen Verhandlung einige als Zeugen vernommen Malermeister zugeben mußten, ebenfalls Streikposten gestanden zu haben, waren einige Gehilfen der Ansicht, auch die Meister hätten — nach dem bekannten Verfassungsgrundsatz: Jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich — Strafe verdient, weshalb auch gegen diese Strafanzeige erstattet wurde. Die Gehilfen mußten aber bald erfahren, daß sie in ihrer Ansicht gar nicht an den Schönheitsfleck „Rechts“ grundlos gedacht hatten: „Wenn zwei das selbe thun, so ist es nicht dasselbe,“ denn vom Anwalt ging folgende Antwort ein:

„An den Defibrationsmaler Herrn . . . Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß das Verfahren gegen den Malermeister Jenz Herrmann hier, Allerheiligenstraße Nr. 17, wegen Verübung groben Unfugs heute eingestellt worden ist, da eine strafbare Handlung nicht vorliegt. Die Thätigkeit des Beschuldigten hat sich nur auf die Ermittlung einer solchen (Verübung groben Unfugs, herbeigeführt durch Streikpostenstehen) erstreckt.“

**Die deutsche überseeische Auswanderung** im Juni 1900 und in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ergiebt folgende Ziffern:

	1900	1899
Bremen	669	866
Hamburg	952	980
deutsche Häfen zusammen	1621	1846
fremde Häfen (soweit ermittelt)	328	323
überhaupt	1949	2169

Aus deutschen Häfen wurden im Juni 1900 neben den 1621 deutschen Auswanderern noch 15 032 Angehörige fremder Staaten befördert, davon gingen über Bremen 7291, Hamburg 8641.

**Ländlich — städtisch.** Unter diesem Titel erzählt der „Bester Lloyd“ folgendes Geschichtchen aus Ungarn: Ort der Handlung: eine kleine Provinzialstadt. Für die Wichtigkeit verantwortlich: ein glaubwürdiges, ernstes ungarisches Provinzialblatt. Georg Gyorgyef kommt mit einer großen Kugel auf das Polizeiamt. Sein Weib ist mit seinem jüngeren Bruder durchgebrannt. Obendrein hat das laubere Pärchen ihn bestohlen. Der Polizeibeamte wirft dem betrogenen Gemanen einen bedauernden Blick zu und schreit: „Allo wie heißt Ihre Frau?“ „Meine Frau?“ „Ja, es ist doch von ihr die Rede.“ „Von ihr? Aber nein! Meine Frau ist die beste Frau auf Gottes Erdboden. Sie lebt hier anständig mit dem Andreas Lovich. Nicht sie ist durchgegangen, sondern mein Weib, mit dem ich seit vier Jahren zusammenlebe.“ Dem Polizeibeamten wird es im Kopf zerschlagen ein wenig dumm. Er braucht einige Zeit, um sich zu erholen und zu orientieren. Dann vollendet er das Protokoll. Die Frau heißt Frau Johann Köves und ist eine geborene Marie Uglá. Und als der Akt fertig ist und Gyorgyef sich entfernt, kehrt er bei der Thür noch einmal um und bemerkt: „Allo, bitte sehr, nicht meine Frau zu suchen, denn die ist ein makelloser, anständiger Weib; die möchte ich um Alles in der Welt nicht wieder zurückerhalten.“

**Wie weit ist es nach Ostasien?** Einige maritime Daten, die mit Rücksicht auf die Vorgänge in China von Interesse sind, hat die „Bohemia“ zusammengestellt. Sie geben zunächst eine Vorstellung von den Entfernungen, mit denen man bei einer Reise nach Ostasien zu rechnen hat. Die Entfernung nächstehender Hafenplätze von London in Seemeilen beträgt über Suez: nach Alexandria 3095, nach Bombay 6330, Calcutta 7950, Ranton 10 468, Hongkong 9775, Peking (Wolf) 11 625, Schanghai 10 545, Yokohama 11 345.

**Die Zahl der Eisenbahnopfer** betrug allein im Monat März dieses Jahres in den Vereinigten Staaten 37 getödtete und 168 verletzte Personen, die sich auf 204 Eisenbahnunfälle vertheilten. Diese bestanden in 82 Zusammenstoßen, 116 Entgleisungen und 6 anderen Unfällen. 15 davon waren verursacht durch Schadhaftheit des rollenden Materials, 20 durch Nachlässigkeit im Betrieb, 8 durch unvorhergesehene Fahrthürnisse, und 48 werden unter der Rubrik „unaufgeklärt“ verzeichnet.

der die Fäden des gleichfarbigen feinen Tuchleides zusammenhielt. Es fehlte nicht mehr viel an acht. Sie hatten mit dem langsamen Dahinschlendern viel Zeit für den Weg gebraucht. Schneller schritt sie aus. Plötzlich fühlte sie sich zurückgehalten. Ein eisiger Schreck durchfuhr sie. Sie stand regungslos. Wer? — Was? — Sollte Rudolf? Hier an derselben Stelle war's gewesen, wo er ihr an jenem Wintertag hinter der Heide entgegengetreten. Blüßiguell folgten sich die jagenden Gedanken. Dann athmete sie erleichtert auf. Nichts — Niemand. Der seine Epizentrage, den sie um die Schultern trug, hatte sich in den Dornen der Heide verfangen. Es war eine Thorheit gewesen, so zu erschrecken. Was sollte Rudolf wohl von ihr wollen — wo sollte er so plötzlich wieder herkommen? Seit einem Jahr hatte sie ihn nicht gesehen. Im vorigen Frühjahr hatte er sich einmal spät Abends zu ihr in den Garten geschlichen. Sie war tödtlich erschrocken gewesen, aber leise, von Niemandem bemerkt, hatte sich die Szene abgepielt. Rudolf war auf dem Wege nach Kuppel gewesen. In Belgien waren seine Pläne fehlgeschlagen. Er hatte Geld für sein Fortkommen von ihr begehrt. Sonst nichts, nichts, Gott Lob und Dank, nichts. Er hatte sie kaum angerührt. Hatte auch nichts von Mitgehen oder nachkommen gesprochen. Die majestätische Leidenschaft schien in ihm erloschen zu sein. Wie eine Schlöpe hatte Anna seitdem gelebt. Kein Wort von ihm war jeither mehr zu ihr gedrungen — vielleicht war er verschollen — todt, und Gott war doch barmherzig gewesen! Ein Abglanz jenes tröstlichen Trübsalgedankens lag auf ihrem Antlitz, als sie jetzt, auf der breiten

Straße schreitend, dicht an dem Gitter der rothen Villa vorüberjährt. Einer der Gärtner war wieder an das Bassin zurückgekommen, er war damit beschäftigt, blaue Schwertlilien dicht am Rande des Beckens einzupflanzen. Anna hatte nur einen ganz flüchtigen Blick in den Garten geworfen und nichts davon bemerkt, daß dicht neben dem Gärtner eine hohe Männergestalt in einem großen dunkeln Kragenmantel stand. Nun wurde plötzlich eine Stimme laut, die ihr das Blut in den Adern stocken machte. „Recht dicht beisammen, Klaas, damit es den Eindruck eines Kranzes.“ Da stockte auch die Stimme. Dann hörte Anna für Augenblicke nichts als ein Rauschen wie von großen Wassern, sah nichts als regenbogenfarbene, tanzende Punkte vor ihren Augen und dann plötzlich ganz dicht an ihrem Ohr hörte sie die Stimme wieder — seine Stimme — Georg! „Ja, sie ist es wirklich — Anna! Anna!“ Gleich und verwirrt sah sie zu ihm auf, der nun dicht an ihrer Seite stand. „Ja, ja, sie ist es —“ und ein schmerzliches Lächeln umspielte ihren Mund — „und Du — Sie Georg? Wo kommen Sie so plötzlich hierher in diese Einöde nach so langen, langen Jahren?“ Sie waren langsam um ein paar Schritte weiter gegangen. Georg zeigte auf die Villa zurück. „Ich kam, um mein Heim zu beziehen. Aber Du, Anna?“ Sie war zusammengeschrumpft. Ihr Körper beble. „Die Fabrik — das Haus — Villa Eva — Dein, Georg?“

Sie stieß es heraus. Dann faltete sie die Hände in stummer Qual. Sie hatte kein Recht zu diesem wilden Schmerz, der mit wüthenden Krallen nach ihr griff, sie wußte es, — dennoch gab sie sich ihm widerstandslos hin, und jedes Wort, das May halb im Scherz von der Herrin des rothen Hauses, von dieser unbekanntem Frau Eva gesprochen, fuhr ihr jetzt wie ein zweischneidiges Schwert durchs Herz. Georg wußte nicht, was Anna so plötzlich erfaßt hatte, und er dachte nicht einmal darüber nach, so tief erschüttert hatte ihn das Wiedersehen. Jetzt sah sie ihm mit einer wahren Todesangst in die Augen, dann brachte sie stammeln die Frage vor: „Ist Ihre Frau auch dort, Georg?“ Er sah sie mit ungemessener Verwunderung an. „Wie kommst Du zu dieser Frage, Anna — wie kannst Du glauben, ich hätte je daran gedacht — aber komm, Du zitterst ja — Du wankst!“ Er stützte sie und geleitete sie sanft an eine erhöhte Wegstelle unter einem alten Erlentamm, auf die er sie niedergleitete ließ. Er war im Begriff, neben ihr niederzusenken, das geliebte Haupt an seine Brust zu ziehen, sie zu fragen: warum bist Du wieder und wieder vor mir gesunken? Das bleiche, schöne Antlitz mit Lippen zu bedecken, in einer langen, stummen Umarmung die Qual von Jahren ausbeuten zu lassen, als sein Blick auf ihre noch immer in Verzweiflung verzerrten Hände fiel. Ein Goldreif schimmerte ihm entgegen, und wie ein vom Blitz gefällter Baum sank er in sich zusammen. „Nicht — ich — aber Du — Du!“ Es war mehr ein dumpfes, unartikuliertes Gemurmel, als wirklich gesprochene Worte, das sich von seinen Lippen rang. (Fortsetzung folgt.)